

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Mark...

Der Proletarier

Angebotspreis: Arbeitsvermittlung- und Beschäftigungs-Anzeigen die 50 Pfennig...

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meister & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Altonaerstraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Unbegrenzte Begehrlichkeit.

Es vergeht kaum ein Tag, daß nicht irgendeine scharfmacherische Meißelung gegen die Gewerkschaften bekannt würde. Sie „erpressen“ höhere Löhne! Solche Beschuldigung erhob der bekannte Scharfmacher Dr. Tille...

Al der Unternehmer Weh und Ach dreht sich um einen Punkt. Sie wollen mehr Gewinn herauskochen auf Kosten der Arbeiterlöhne. Angeblich sind allerdings die Unternehmer mit ihren Leistungen an der äußersten Grenze des Möglichen angelangt...

Mit der Nichtigkeit solcher Behauptungen steht und fällt die Scharfmacherei! Und die Behauptungen sind unrichtig, sind handgreiflich falsch. Das zu beweisen ist nicht schwer. Die von den Aktiengesellschaften ausgeschütteten Gewinne strafen Ihre Angaben...

In den obigen Gewinnzahlen kommt die wirkliche Rentabilität der Industrie aber längst nicht richtig zum Ausdruck. Zu den erfaßten Gesellschaften gehören auch solche, die erst kurz vorher gegründet wurden, noch im Ausbau begriffen sind...

Table with 5 columns: Company Name, Reingewinn in 1000 Mark, Dividenden in 1000 Mark, Dividenden in % des Aktienkapitals, Berechnete Dividenden in % des Aktienkapitals.

Die Ergebnisse sind für unsere Leser sehr interessant. Man möge ihnen nur eingehende Aufmerksamkeit widmen und dann daraus die rechte Nutzenanwendung ziehen. Erläuternd sei dazu noch folgendes bemerkt: Die Dividende in der letzten Spalte bezieht sich auf das gesamte Aktienkapital...

Industrie sind beide Sätze gleich —, daß sie das Gerede vom Risiko des Kapitals ins Reich der Märchenerzählungen verweist.

Doch schauen wir weiter zu. Wie die Fissern in der letzten Spalte erkennen lassen, ragen die aufgeführten Industriegruppen mit ihrer Durchschnittsdividende über die aller erfaßten Aktiengesellschaften hinaus, die chemische Industrie sogar um mehr als das Doppelte. Die Durchschnittsdividende aller an der Berliner Börse gehandelten Aktien, mit einem Nennwert von über acht Milliarden Mark und einem Kurswert von über 14 1/2 Milliarden Mark ist höher als die für alle deutschen Aktiengesellschaften ermittelte...

In den Dividenden kommt übrigens, was zu beachten ist, nicht der ganze Gewinn in die Erscheinung. Der eigentliche Reingewinn ist noch um über ein Drittel größer als die ausgeschüttete Dividendensumme.

Wenn nun schon die Unternehmer in der Gesamtheit keine Ursache haben, über schlechte Rentabilität zu klagen, dann doch noch viel weniger die Kapitalisten, die an den aufgeführten Industrien interessiert sind. Und ganz besonders gilt das von der chemischen Industrie. Es sind doch geradezu berauschende Gewinne, die den Aktionären in den Schoß fallen.

Zur besseren Illustration der kapitalistischen Unverschämtheit, die über schwindende Rentabilität und erschreckliche Lohnsteigerungen lamentiert, sei noch die folgende Zusammenstellung gemacht. Sie zeigt, wie unter der Wirkung der ruinösen hohen Löhne und sozialen Lasten die Dividenden — hinauffletterten. Wir benutzen dazu die Angaben von Waggon, der die Dividenden der Gesellschaften, deren Aktien an der Berliner Börse gehandelt wurden, für die Jahre 1871 bis 1900 zusammengestellt hat.

Table with 4 columns: Industry, Dividende in Prozent 1871/1880, 1881/1890, 1891/1900, 1911.

Diese Zusammenstellung liefert den schlagendsten Beweis für das durchaus Unberechtigte der Unternehmerklagen über bedrohte Rentabilität. Will man denn wirklich allen Ernstes noch größere Beute machen, noch mehr aus der Arbeiterschaft herauszuziehen? Solche Versuche müssen die Arbeiterschaft aufpassen, sie davon überzeugen, daß sie sich weder durch gelbe Reden noch christliche Schmeicheleien, sicher nicht durch scharfmacherisches Drohen zersplittern, zerreißen lassen dürfen.

Hier mag übrigens noch bemerkt werden, daß die Papierindustrie auch noch glänzender abgeschnitten haben würde, wenn ihr nicht der bekannte deutsche Zollwerttarif das Auslandsgeschäft vielfach verdobernd hätte. Daran sind aber die Unternehmer selbst zum Teil schuld, sicher nicht die Arbeiter. Die wählen keine Hochschulzöllner und Agrarier.

Damit kommen wir zu der Frage von der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Daß die als Folge hoher Löhne und Versicherungsbeiträge nicht unterbunden worden ist, beweist das folgende Zahlenbild. Es wurden ausgeführt in Millionen Doppelpennern:

Table with 5 columns: Year, Chemical Products, Paper and Goods, 1910, 1911, 1912, Jan 1912, Aug 1913.

Die Ausfuhr wächst stetig; soweit chemische Erzeugnisse in Frage kommen, sogar in großen Sätzen.

So fallen bei näherem Zuschauen alle Behauptungen der Scharfmacher wie Blätter eines Kartenhauses zusammen. Ihres Handelns und Strebens Beweggrund ist nackte, brutale Gewinnsucht, unbegrenzte Begehrlichkeit. Dieser sich zu widersetzen, ist eines jeden Arbeiters Recht, ist seine heilige Pflicht, Pflicht in seinem eigenen, Pflicht im Interesse der Gesamtheit.

Der Kapitalismus als Kulturhemmnis.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Wilson, hat am 4. März dieses Jahres seine Antrittsrede gehalten, in der er sein politisches Programm entwickelte. Nun sind derlei Reden gewiß weder Evangelien, auf die man schwören könnte, noch Bekenntnisse, die den inneren Menschen offenbaren. Sie sind fast immer diktiert von dem Bestreben, einen „guten Eindruck“ zu machen; sie sollen eine Augenblickssituation ausschöpfen, sei es auch auf die Gefahr hin, daß die Zukunft diesen Augenblick vergessen möchte.

Wir haben ein Regierungssystem aufgebaut, das lange Zeit hindurch vorbildlich war für alle diejenigen, deren Ziel es ist, die Freiheit auf so feste Grundlagen gestellt zu sehen, daß sie gegen zufällige Veränderungen, gegen Sturm und Unfall gesichert erscheint. Aber mit dem Guten ist das Uebel gekommen und viel edles Gold ist zerfressen worden. Mit den Reichtümern kam eine unentschuldbare Verschwendung. Wir haben viel von dem verschleudert, was wir hätten brauchen können. Wir sind stolz gewesen auf unsere industriellen Leistungen, aber wir haben bisher den Menschenwert nicht hoch genug eingeschlagen, den Wert der ausgelassensten Menschenleben, der überbärdigen und zusammengebrochenen Existenzen.

Wir haben sorgfältig geprüft, was geändert werden muß: Einige der Hauptpunkte sind die folgenden: Wir haben einen Zolltarif, der uns von dem uns vererbenden Anteil am Welthandel abschneidet, die Grundsätze einer gerechten Besteuerung verletzt und die Regierung zu einem bequemen Werkzeug in der Hand privater Interessen macht. Wir haben ein Bank- und Währungssystem, dessen Grundlage die vor fünfzig Jahren für die Regierung eingetretene Notwendigkeit war, ihre Bonds zu verkaufen, und das ganz dazu angetan ist, das bare Geld zu kongrieren und die Kredite zu beschränken; ein Industriesystem, das, von der finanziellen wie von der administrativen Seite betrachtet, das Kapital in den Reichen der Weltenden festhält, die Freiheit beschränkt, die Arbeitsgelegenheit beeinträchtigt und die natürlichen Quellen des Landes ohne Rücksicht auf ihre Erneuerung und Erhaltung ausbeutet.

Die feste Grundlage einer Regierung ist Gerechtigkeit, nicht Mittel. Und dies sind Aufgaben der Gerechtigkeit. Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit, die eigentliche Grundlage der Gerechtigkeit in einem politischen Körper, können nicht bestehen, wenn Männer, Frauen und Kinder nicht in ihrem Leben, in ihren eigenen Lebensbedingungen gegen die Folgeerscheinungen der großen industriellen und sozialen Prozesse geschützt werden, an denen sie nichts ändern, die sie nicht lenken und mit denen die einzelnen nicht fertig werden können. Die Gesellschaft darf ihre eigenen Glieder nicht zermalmern, schwächen oder schädigen. Die erste Aufgabe der Gerechtigkeit ist, die Gesellschaft gesund zu erhalten, der sie dienen. Sanitäre Gesetze, Nahrungsmittelgesetze und Gesetze über die Arbeitsbedingungen, welche die einzelnen für sich selbst festzusetzen nicht die Macht haben, das sind die wichtigsten und eigentlichen Aufgaben der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit.

Soweit der Präsident. Er macht weder weiterführende Vorschläge, noch verrät er tiefere Erkenntnis der in der Gesellschaft, vor allem im Kapitalismus wirkenden Kräfte und Ursachen. Aber die Tatsache, daß die vom Kapitalismus Tag auf Tag neu erzeugten Schäden zu einem Problem werden, dem sich die Regierungsmänner nicht mehr entziehen können, zeigt, daß der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse sich richtet gegen eine allgemein gesellschaftliche, eine durchaus kulturelle Gefahr — das heißt, nicht nur gegen den Kapitalismus als Ausbeuter und Unterdrücker der Arbeiter, sondern gegen den Kapitalismus als Hemmnis des gesellschaftlichen Fortschritts.

Durch die Organisation zur Macht.

Die Gewerkschaftsbewegung ist in allen ihren Teilen eine Organisation von außerordentlicher Bedeutung. Nicht nur ihrer mächtig auf das gesamte Wirtschaftsleben einwirkenden Unterstützungseinrichtungen wegen, sondern vor allem wegen ihrer moralischen Kraft, die sich auf die Mitglieder überträgt. Wie woführend, zu immer größeren Ermutigungen drängend und zu immer größeren Vorhaben anregend, wirkt es, wenn man sich die eminenten Vorteile vor Augen führt, die durch die Tätigkeit der Gewerkschaften für die Arbeiterschaft geschaffen wurden.

Die wichtigste Ermutigung auf kulturellem Gebiet ist auf jeden Fall die Verkürzung der Arbeitszeit. Auf der Länge der täglichen Arbeitszeit beruht die Möglichkeit des kulturellen Fortschritts, nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für die gesamte Menschheit. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit muß deshalb auch bei jedem Lohnkampfe der größte Wert gelegt werden. Die organisierte Arbeiterschaft muß alle ihr zu Gebote stehenden Mittel in Anspruch nehmen, um die Arbeitszeit, wo sich nur irgend die Möglichkeit bietet, zu verkürzen. Denn nur auf die lange Arbeitszeit mit ihren den Körper und vor allem den Geist zerrüttenden Folgeerscheinungen ist es mit Zurückzuführen, daß mancher Gewerkschaftler in puncto Agitation und Organisation noch recht schiefe Ansichten behaltet. Was soll es zum Beispiel heißen, wenn da gesagt wird in bezug auf die Gewerkschaftsangelegenheiten: „Was machen denn die den ganzen Tag?“, oder: „Na, dazu sind doch unsere Beamten da!“

Nun, was unsere Beamten zu tun haben oder wozu die Organisations-Angelegenheiten da sind, braucht hier nicht erörtert zu werden. Denn, sobald hierfür jemand ohne weiteres klar sein, wo das Vorhandensein eines Beamten nicht als eine nicht zu umgehende Notwendigkeit ergibt, da ist auch keiner. Einen Beamten als Vorgesetzten lassen sich die Arbeiterorganisationen ganz bestimmt nicht. Der Beamte hat keine tägliche, wöchentliche, wöchentliche Verwaltungsarbeit zu erledigen. Er gibt Anregungen in allen möglichen das gewerkschaftliche Tätigkeitsgebiet berührenden Angelegenheiten. Der Beamte hält Vorträge in den Versammlungen, bereitet umfangreiche Betriebs-, Haus- usw. Agitationen vor, geht auch selbst mit auf Agitationstouren u. d. a.

Aber die Tätigkeit des Beamten kann nur Früchte tragen, wenn die Mitglieder mithelfen. Vor allen Dingen sollten die vorlauten Kollegen, die immer mit der Kritik bei der Hand sind und immer klagen, daß „zu wenig getan“ wird, kräftig mithelfen an dem Aus- und Aufbau der Organisation. Sehr bald wird sich dann zeigen, daß es nicht auf den einen (Angestellten), sondern auf die vielen (Mitglieder) ankommt.

Auf dem taktkräftigen Handeln der vielen, auf dem Willen der großen Masse beruht unsere Erfolge. Leider vermag diese Masse noch zu oft Beispiele hierfür anzuführen, hält durchaus nicht schwer. Nehmen wir zuerst das Koalitionsrecht. Jeder gewerbliche Arbeiter, jede gewerbliche Arbeiterin besitzt dieses Recht. Nur das Wollen und die Erkenntnis des Wertes, den dieses Recht besitzt, fehlt einem sehr großen Teile der Arbeiterschaft. Das Koalitionsrecht, das Recht, sich mit seinen Mitarbeitern, mit seinen Berufskollegen zu verbinden, verdient eine viel höhere Bewertung, eine viel größere Beachtung als bisher zu vergleichen ist. Wo ist heute noch die Masse, für welche dieses Recht der Vereinigung herbeigeführt worden ist? Wo sind sie, die sich vereinigen wollen? Wo sind sie, die danach kämpfen, dieses wertvolle Recht für sich auszunutzen, für sich voll und ganz in Anspruch zu nehmen? Die Zahl derjenigen Arbeiter, die da wirklich ein ernsthaftes Wollen betreiben, ist noch viel, viel zu klein. Indifferentismus, Gleichgültigkeit, Gedankenlosigkeit und Unwissenheit, alles Eigenschaften, die von der herrschenden Klasse systematisch geübt werden, hemmen die Erkenntnis und das Wollen der Masse. Den herrschenden Gewalten ist kein Mittel so leicht oder so kostspielig, den Arbeitern die Selbstständigkeit, das Vertrauen auf die eigene Kraft, das Klassenbewusstsein zu rauben. Und das es ihnen immer noch gelingt, das beweist das Vorhandensein so vieler Arbeiterorganisationen aller Spaltungen, das beweist das Mißtrauen der Unorganisierten, das beweist vor allem aber das Aufstehen der gelben Schutztruppe. Gewiß beweist dies die Arbeiter in diese Organisationen gezwungen. Der schändlichste Terrorismus kommt zur Anwendung. Über dieser Terrorismus kann doch nur angewendet werden, weil die Arbeiterschaft nicht einig ist, weil sie sich nicht einmütig aufbäumt gegen den Rechtsraub, weil die große Mehrheit in Gleichgültigkeit dahindämmert, kurz, weil eben die Masse verjagt. Wenn die Arbeiter ihren Willen rücksichtslos durchsetzen, das ihnen zugesicherte Koalitionsrecht einmütig in Anspruch nehmen, dann erlangen sie ihren Bedrückern gegenüber eine durch nichts niederzwingende Macht. Eine Macht, an der alle Terrorismusgeheißeln scheitern müssen.

Das Recht, sich als Konsument zu vereinigen, seine Kaufkraft, sei sie auch noch so klein, zu organisieren, bleibt heute gleichfalls noch vielfach ungenutzt. Und doch ist die gemeinschaftliche Arbeit so recht angehen der Arbeiterschaft eine schier unüberwindliche Macht zu verschaffen. Hier bietet sich der großen Masse wiederum ein riesiges, unübersehbares Tätigkeitsfeld. Und das kostet nichts, aber auch rein gar nichts. Im Gegenteil, es bringt noch materielle Vorteile. Aber es fehlt die Erkenntnis, das Vertrauen auf die eigene Kraft. Würden die in der Masse schlummernden Kräfte mit einem Male erweckt, würde die große Masse der Konsumenten eine wunderbare, nie geahnte Macht ausüben in der Lage sein. Das wäre eine Revolution ohne Blutvergießen. Also die organisierte Tat, und diese allein kann der Masse die ihr gebührende Macht verschaffen.

Auch das organisierte Sparen wird von der großen Masse noch zu wenig beachtet. Man mißversteht mich nicht. Ich bin nicht etwa der Meinung, daß die Arbeiter sich aus ihrer wirtschaftlichen Not herauszuarbeiten können, daß Sparsamkeit ein Kampfmittel des Proletariats wider den Kapitalismus sei. Velleit nicht! Aber es liegt doch so, daß ein Teil der Arbeiter, entweder infolge besonders guten Verdienstes oder geringer Kinderzahl oder aus andern Gründen, kleine Beträge zurücklegen kann und zurücklegt. Diese Beträge zu sammeln, sie für die Arbeiterschaft nutzbringend zu verwenden, das meine ich die Organisation des Sparens. Eine solche Sparorganisation ist für die Arbeiterschaft vorhanden. In der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gebildeten Volksfürsorge ist jedem Gelegenheit geboten zum organisierten Sparen, mit der Gewißheit, daß die hier zusammengelegten Beträge, seien sie auch noch so geringfügig, im Interesse der Masse der arbeitenden Bevölkerung verwendet werden. Sie werden an der Volksfürsorge schwerwiegende Kapitalien interessiert sein, die für sich 50 Prozent Dividende herauszuschlagen wollen. Sie werden an den führenden Stellen Männer mit Riesengehältern aufschädigt werden.

Das sind nur drei Beispiele, wie es der Masse, der aller Werte schaffenden, möglich ist, sich mehr Macht zu verschaffen. In demselben Maße, in dem sich die Masse ein Gebiet nach dem andern durch Organisation erobert, geht den Gegnern die unangenehme Macht in denselben Gebieten ganz bestimmt und sicher verloren. Je mehr es uns gelingt, diese Gebiete zu erobern, je mehr Arbeiter wir für die Organisationen gewinnen, um so eher und sicherer wird es uns gelingen, dem arbeitenden Volk einen größeren Anteil an dem Ertrage der eigenen Arbeit, ein größeres Maß von Lebensglück und Lebensfreude zu erringen. Also ist der Kampf gegen die Lohnpolitik und den Unterhand in den Reihen der Arbeiter die erste Voraussetzung für den Kampf gegen unsere Bedrückern in den Reihen der Kapitalisten.

Wie der Kapitalismus wuchert im gelben Sumpf.

Der christliche Metallarbeiterverband in Essen hat kürzlich ein Flugblatt an die Arbeiterschaft der Firma Krupp verteilt, das sich in keinem Punkte gegen die bei Krupp mit besonderem Eifer, und leider auch mit besonderem Erfolg gekrönten Gelben richtet. Als Grund zur Herausgabe des Flugblattes werden zwei Tatsachen angegeben: 1. In der letzten Woche erfolgte Kündigung einer größeren Anzahl von Arbeitern; 2. weil auch im Jahre 1912 die Lohnminderung bei der Firma Krupp erheblich hinter den andern Sektionen der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft zurückgeblieben ist.

Die Verantwortung für die angeführten Behauptungen ist eine durchaus unbegründet. Bei der Behandlung des Themas verlegt es sich, das Wesentliche aus ihr wegzunehmen; auch schon in Rücksicht darauf, daß sie von christlicher Seite erfolgt. Hören wir also, was in dem Flugblatt an Vorwürfen zu Tage angeführt wird!

Die L.-G. Fried. Krupp zeigte in den letzten Geschäftsjahren bei dem gleichen Aktienkapital:

Jahr	Reingewinn	Dividende
1908/09	17 162 268 RM	8 Prozent
1909/10	21 457 197 RM	10 Prozent
1910/11	28 876 194 RM	10 Prozent
1911/12	33 759 462 RM	12 Prozent

Für 1911/12 ist zu bemerken, daß trotz sehr reichlicher Abschreibungen noch ein Gewinnanteil von 6 503 017 RM. auf neue Rechnung vorgetragen wurde, so daß sich insgesamt für dieses Geschäftsjahr ein Reingewinn von über 40 Millionen Mark ergibt. Aus diesen Zahlen folgt also unabweislich, daß die Firma Krupp in den letzten Jahren, und zwar auffälligerweise fast genau seit der Gründung der „Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft“ Selben, einen stets steigenden Betriebsüberschuß zu verzeichnen hatte.

Es wird dann in dem Flugblatt die Frage aufgeworfen: „Wie steht aber um der materiellen Erfolg der Arbeiterschaft in diesem Zeitraum aus? In Beantwortung dieser Frage wird zunächst auf die Tatsache verwiesen, daß im vergangenen Jahre bei der Firma Krupp zwar nur eine um 50 Prozent geringere Steigerung des Durchschnittslohnes zu verzeichnen gewesen sei, als im Gesamtbereich der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft, aber trotzdem immer noch mit ihrem Durchschnittslohn an der Spitze der neun Sektionen gestanden habe. Im Jahre 1912 sei aber der Durchschnittslohn in der Sektion I, die fast nur aus der Firma Krupp besteht, hinter dem Durchschnittslohn der Sektion Düsseldorf zurückgeblieben. Dabei wird auf die weitere bemerkenswerte Tatsache verwiesen, daß, wie bereits im Jahre 1911, so auch im Jahre 1912 die Sektion Essen (Krupp) die geringste Lohnsteigerung von allen neun Sektionen zu verzeichnen hat! Und während die Steigerung des Durchschnittslohnes im Gesamtbereich der Berufsgenossenschaft 59 RM betrug, ist der Durchschnittslohn in der Sektion Essen im Jahre 1912 nur um 31 RM gestiegen. Diese Angaben werden durch detaillierte statistische Daten aus den amtlichen Berichten der Berufsgenossenschaft erläutert. Die Firma Krupp habe in ihrer im letzten Jahresbericht über die Entwicklung des Werks in bescheidener Selbstverwebrückung hervorzuheben, daß die prozentuale Steigerung des Arbeitslohnes bei ihr betragen habe:

vom Jahre 1868 gegenüber dem in 1905:	285 Prozent,
gegenüber dem in 1912:	328 Prozent,
vom Jahre 1871 gegenüber dem in 1905:	66 Prozent,
gegenüber dem in 1912:	88 Prozent,
vom Jahre 1890 gegenüber dem in 1905:	30 Prozent,
gegenüber dem in 1912:	44 Prozent.

Diesem Zahlenlauffe steht nun das Flugblatt des christlichen Metallarbeiterverbandes folgende Rechnung entgegen: In den vier Jahren seit Gründung des gelben Werklvereins stieg

Reingewinn der Firma Krupp	die Dividende	der Durchschnittslohn der Arbeiter
von 17,1 auf 33,7 Millionen Mark, also um 97 Prozent.	von 8 Prozent auf 12 Prozent, also um 50 Prozent.	um 70 Mark oder um 4,2 Prozent.

Auch auf die unverhältnismäßig großen Unfallzahlen bei Krupp wird in dem Flugblatt hingewiesen. Während im Gesamtbereich der Berufsgenossenschaft auf 1000 Beschäftigte schon 179 Unfälle kamen, scheidet diese Verhältniszahl bei der Sektion Essen (Krupp) auf 193 hinaus.

Vittere Ironie der Geschichte, daß die christlichen „Gewerkschaftsaktivisten“ Männer sich im gelben „Werklverein“ beschließen lassen müssen: „... Girnerbrannte Klassenkämpfer wie diese Christen werden auch die vollkommen feststehende Tatsache der überwiegenden Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sowie die daraus sich ergebenden Konsequenzen nie begreifen...“ - Tatsächlich haben die Christen kein Recht, sich über ihre gelben Bräder zu beklagen, denn sie haben mit ihrer fanatischen Befämpfung der freien Gewerkschaften und ihrer eigenen „Gewerkschaftsaktivisten“ Phrasenologie den gelben Sumpfpflanzen den Boden gedüngt!

Altersrente.

Da gegenwärtig die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre zum Bezuge der Altersrente eifrig diskutiert wird, ist es nötig, auch über die Höhe der Altersrente und die sonstigen Bestimmungen orientiert zu sein.

Altersrente erhält der Versicherte vom vollendeten 70. Lebensjahre an, auch wenn er noch nicht invalide ist. Zum glauben viele Versicherte, wenn das 70. Lebensjahr vollendet ist, muß Altersrente gewährt werden. So einfach ist das nicht. Der Versicherte hat nachzuweisen, daß er 1200 Invalidenversicherungsmarkten geleistet hat. Da aber für den größten Teil der Versicherungspflichtigen die Versicherung erst am 1. Januar 1891 in Kraft trat, kann noch niemand 1200 Markten geleistet haben. Wie erklärt sich dann aber die Zahlung der Altersrente seit Jahren? Das Gesetz sagt, daß denjenigen Versicherten, die beim Inkrafttreten der Versicherungspflicht für ihren Berufsweiz ihr 40. Lebensjahr vollendet haben, auf die Wartzeit (1200 Beiträge) für jedes volle Jahr, um das sie an diesem Tage älter als 40 Jahre waren, 40 Wochen angerechnet werden. Nehmen wir an, es war jemand am 1. Januar 1891 60 Jahre alt, so war derselbe 20 Jahre über 40; er erhielt also 20 mal 40 Invalidenmarkten gleich 800 „RM“ gezahlt, so daß nur noch 400 bis 1200 nötig sind. Diese Bestimmung ermöglicht es also, daß schon seit Jahren Altersrente gezahlt wird. Die Anrechnung dieser 40 Wochen pro Jahr erfolgt nur dann, wenn solche Versicherte während der dem Inkrafttreten unmittelbar vorangehenden drei Jahre berufsmäßig, wenn auch nicht ununterbrochen, eine Beschäftigung gehabt haben, für die insoweit die Versicherungspflicht eingeführt worden ist. Für die Arbeiter kommen also die drei Jahre 1888, 1889 und 1890 in Frage. Den Nachweis der berufsmäßigen Beschäftigung in den drei Jahren braucht derjenige Arbeiter nicht zu führen, der für die ersten fünf Jahre nach Eintritt der Versicherungspflicht (also für die Jahre 1891 bis einschließlich 1895) mindestens 200 arbeitsfähige Beitragsmarkten auf Grund der Versicherungspflicht nachweisen kann. Der diese 200 Markten in den ersten fünf Jahren nicht geleistet hat (was ja aus den Aufrechnungsbestimmungen mit einigermaßen Sicherheit zu ersehen ist), der sollte sich beizeiten widerten, wo, was und wie lange er in den Jahren 1888, 1889 und 1890 gearbeitet hat. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen und Betriebsbeamte, die

im Laufe des Jahres 1913 ihr 70. Lebensjahr vollenden, müssen mindestens 880 bis 920 Beitragsmarkten nachweisen.

Alters- und Invalidenrente kann nicht zusammen bezogen werden. Es wird immer der Betrag der höheren Rente ausbezahlt. Dagegen kann Unfall- und Altersrente bis zum 7/8fachen Grundbetrag der Invalidenrente zusammen bezogen werden. Sehr oft hört man von alten Leuten, die Werbung, der Staat fordere selbst auf, die Altersrente zu beantragen. Das ist falsch. Der Arbeiter muß selbst, wenn er das 70. Lebensjahr vollendet hat, die Altersrente verlangen. Sind bis zum vollendeten 70. Lebensjahre noch nicht genügend Invalidenmarkten geleistet, dann muß mit dem Antrag auf Altersrente gewartet werden, bis die nötige Anzahl von Markten erreicht ist. Die Rente kann nicht vor Ablauf derjenigen Woche beginnen, auf welche die letzte zur Erfüllung der Wartzeit erforderliche Beitragsmarke entfällt. Der Bezug einer Altersrente befreit nicht von der Invalidenversicherungspflicht. Wer aber Invalidenrente bezieht, darf Markten nicht mehr legen.

Freiwillige Beiträge, die nach Vollendung des 70. Lebensjahres entrichtet worden sind, können auf die Zeit vor dem 70. Lebensjahre nicht mehr angerechnet werden, soweit diese Beiträge zur Begründung eines Altersrentenanpruchs dienen sollen.

Die Höhe der Altersrente wird wie folgt festgestellt: Das Reich gibt für jede Altersrente einen jährlichen Zuschuß von 50 RM. Die Landesversicherungsanstalt zahlt zu: in der Sozialklasse I 60 RM, Klasse II 90 RM, Klasse III 120 RM, Klasse IV 150 RM, Klasse V 180 RM. Für Beiträge verschiedener Sozialklassen wird der entsprechende Durchschnitt gewährt. Sind über 1200 Beitragsmarkten nachgewiesen, so scheiden die überzähligen Beiträge der niedrigeren Klassen aus. Würde also beispielsweise ein Arbeiter in der IV. Sozialklasse 1200 Markten geleistet haben, dann beläme er 50 RM vom Staat und die eben erwähnten 150 RM von der Landesversicherungsanstalt (siehe oben), also zusammen 200 RM. In der Sozialklasse III beträgt die Rente 50 RM und 120 RM, gleich 170 RM usw. Sind in allen fünf Klassen Markten verwendet, dann wird die Rente auf diese Weise berechnet. Beispiel:

100 Markten in Sozialklasse I:	100 mal 60 = 6 000
150 " " " " " II:	150 " 90 = 13 500
180 " " " " " III:	180 " 120 = 21 600
240 " " " " " IV:	240 " 150 = 36 000
400 " " " " " V:	400 " 180 = 72 000
1200 " " " " "	170 700

170 700 : 1200 = 142,25 Mark Reichszuschuß ... 50, — Altersrente 192,25 Mark

Anträge auf Altersrente sind an das Versicherungsamt zu richten. Die letzte Invalidenquittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen über die ungetragenen Quittungskarten, Geburtsurkunde sowie Bescheinigungen über Krankheit und militärische Dienstleistungen sind mit einzubringen. Die Krankheits- und Militärdienstleistungen werden als Beiträge der Sozialklasse II gezählt.

Im Jahre 1911 wurden in Deutschland 11 585 Altersrenten mit einem durchschnittlichen Jahresbetrage von 165,30 RM festgesetzt. Die höchste Altersrente, die erreicht werden kann, beträgt 230 RM (50 RM Reichszuschuß und 180 RM Anteil der Versicherungsanstalt).



Papier-Industrie

+ Achtung, Arbeiter der Druckpapierfabrikation!

Die Papierfabrikanten haben schon wiederholt den Plan einer freiwilligen Einschränkung der Erzeugung erwogen. Dadurch sollte das Angebot von Papier vermindert werden, womit wiederum die Voraussetzung für eine Steigerung der Preise geschaffen würde. So wurde vor einigen Jahren der Vorschlag gemacht, zunächst allgemein die Schicht vom Sonnabendabend zum Sonntagmorgen ausfallen zu lassen. Der Vorschlag wurde jedoch nicht ernstlich erwogen. In letzter Zeit wurden ähnliche Vorschläge wiederholt, ohne jedoch nähere Beachtung zu finden. Jetzt scheint nun eine Gruppe der Papierfabrikanten die Probe aufs Exempel machen zu wollen, und zwar die Druckpapierfabrikanten. Die Tagespresse meldet nämlich:

„Die am 30. Oktober in Berlin nahezu vollständig versammelten Vertreter der Deutschen Druckpapier-Industrie beschloßen einstimmig, für die nächsten Monate eine Einschränkung der Erzeugung familiärer Fabriken einzutreten zu lassen. Sie wurden hierbei von der Erwägung geleitet, daß eine weitere Verringerung der Selbstkosten auch durch eine volle Anspannung selbst für Massenfabrikation am besten eingerichteten Fabriken nicht mehr zu erzielen sei, daß hingegen aber die fortwährende Steigerung aller Kosten, und namentlich die gewaltige Erhöhung der Holzpreise, mit der auch in Zukunft zu rechnen sein wird, unbedingt dazu nötigen, nicht nur die heutigen Preise für das Fabrikat aufrechtzuerhalten, sondern die unvermeidliche Erhöhung der Verkaufspreise für die Zukunft ins Auge zu fassen. Aus diesem Grunde wurde es für erforderlich gehalten, Maßregeln dafür zu treffen, die Erzeugung mit dem Bedarf noch mehr als bisher in Einklang zu bringen. Es wurde hierbei einstimmig anerkannt, daß die Lebensfähigkeit der deutschen Papier-Industrie auf dem Spiele steht, weil schon viele Fabriken unter den heutigen Verhältnissen mit den größten Existenzängsten zu kämpfen haben.“

In der Notiz ist nicht gesagt, in welchem Umfange und in welcher Weise die Einschränkung der Erzeugung vorgenommen werden soll. Es ist jedoch zu befürchten, daß es den Unternehmern nicht nur um eine Herabminderung des Angebots von Papier, sondern auch um eine Herabsetzung der Erzeugungskosten zu tun ist. Dann werden aber, in irgendeiner Form, auch die Arbeitslöhne herabgesetzt werden. Es ist deshalb Pflicht der Arbeiter der Druckpapierfabriken, die Augen offen zu halten. Die Unternehmer werden

Ueber den Ursprung der Religion und des Gottesglaubens.

Sie wollen nun auch noch auf das Kapitel „Himmel und Hölle“ eingehen. Auch die Vorstellungen vom Himmel und von der Hölle sind keine Erfindung „fälschlicher Volksträger“, wie sich das gar manche angeheben sein wollen. Die Vorstellungen vom Himmel und Hölle sind nicht. Schon die keltische Weltanschauung ist einleuchtend, daß die Götter Erleuchteten, Angehörige der „Götterwelt“ sind, die sich nach langen Wanderungen und dem manuellen Strapazen befinden. Die Götterbewohner verleben diese Strapazen gewöhnlich auf fern, jenseits des Horizonts gelegenen Inseln, Berggipfeln oder großen Felsblöcken für die Anwohner der Götter und im Flußland verlegt man das Götterreich entweder unter die Erde oder in Himmelshöhen, in Höhlen, Felsen oder Grotten. Die sind diese Inseln für die abgelebten Seelen sehr traurige Orte (wie bei den meisten germanischen Völkern), wo die Götter, „von allen Seiten des irdischen Lebens abgelehnt, hängen auf die ihnen von ihrer Reue kommener barmherziger Gut- und Götter“. Die sind es aber auch Orte der Freude, wo die Götter ihr Erdenleben, was noch viel lustiger und glücklicher als oben, fortsetzen. Sie essen und trinken, jagen und kämpfen, lieben und haben alles, was sie wollen, im Übermaß.

Einem Unterirdisch zwischen Regen und Schnee, heißen guten und schlechten Menschen gibt es aber auf den unzerstörten Seiten der Erde, die in dem Götterreich nicht, was dem einzigen Grunde, weil es keine Welt und deshalb gute und schlechte Menschen dort auch nicht gibt. Dann gehen alle Angehörigen derselben Götter oder derselben Stammes in das Götterreich ein. Ein jenseitiger, die bereits eine Erleuchtung haben, oder auch ihr Götterreich in verschiedenen Abteilungen ein. Das ist zum Beispiel bei den Indogermanen. Dort

müssen die Seelen, wenn sie nach Ruhm, dem tief unter dem Meere gelegenen Inseln, gelangen wollen, am Seelenvernichter Sann und seinen gefürchteten Brüdern vorbeigehen. Der Geist, der von ihm nicht verzehrt wird, muß am Eingang zum Götterreich vor Idenei, dem Stammeswächter der Wikinger, eine Prüfung ablegen. Wer dort als würdig befunden wird — wer auf Erden tapfer war, die Gebote der Priester befolgt hat, verbeiratet war und sich vorzüglichsmäßig tätowieren ließ —, der kommt nach dem in herrlicher Blütenpracht prangenden Aburotu. Die Nichtwürdigen dagegen werden nach dem oben Minnmaria verwiesen. Genjo werden auf Managa die Lapsyren in das jenseitige Lichtreich Aere-ket-an, die ohne Heldentaten gestorbenen Menschen aber nach Aere-ket-ya, ins finstere Reich verwiesen. Bei den alten Germanen kamen ursprünglich alle Geister in das Totenreich der Hel; später aber schon für die diehtende Phantasie daneben das glänzende Walhall, in das alle germanischen Völker und alle Lapsyren eingingen. In Walhall fanden täglich Kämpfe statt; abends aber schliefen die Seelen an der Tafel Odins, wobei die Walküren Wein oder Meiz kredenzten.

Im alten Testament ist die Hölle fast durchweg das unterirdische Totenreich, in das alle abgestorbenen Seelen, auch die der Frommen und Guten, kamen. Bei einzelnen Propheten und noch mehr im neuen Testament wird die Hölle zum Ort der Qual, der als Wohnort des Teufels, der Ungläubigen und Gottlosen neben dem Himmel, dem Sitz des Gottes, festsetzt. Und noch später wurde in der römisch-katholischen Kirche — insbesondere auf Grund der Lehren des heiligen Augustinus, Gregors des Großen und des Thomas von Aquino — als Mittelglied zwischen Himmel und Hölle das Fegefeuer eingeführt, während die geistlich-antiquarische Kirche die Theorie vom Fegefeuer ablehnte. Auch von alten reformierten Kirchen wurde später die Theorie vom Fegefeuer verworfen.

Es sehen wir, wie sich auch die Religion und einzelne religiöse Vorstellungen im Laufe der Jahrtausende ganz natürlich entwickelten. Alle Religionen gingen ursprünglich im wesentlichen von den gleichen Grundvorstellungen aus, die nur entsprechend der Verschiedenheit der Natur-

umgebung bei den einzelnen Naturvölkern verschieden ausgearbeitet wurden. Im Laufe der Zeit ändern sie sich, je nachdem sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Völker verändern. Durch die Vermischung verschiedener Völkerteile findet auch eine Vermischung der religiösen Vorstellungen und Sagen statt. Mit der steigenden Kulturhöhe der Menschheit verfinstert sich ihre Religion. Aus dem menschengehalteten Geist oder dem tiergestalteten Gott auf den untersten Stufen der Menschheit ist im Laufe der Jahrtausende der Jahrbundertausende der allmächtige, allwissende und allerbarmende Gott des Christentums, die körperlose, erdbefehlende Urkraft alles Seins unsrer neuzeitlichen Philosophen geworden. Und auch die christliche Religion befindet sich in einer Hölle, wenn auch unmerklich langsamer Umwandlung. Auch sie muß neuen ökonomischen Faktoren Rechnung tragen, muß sich dem Wissen und der sozialen Lebensauffassung ihrer Zeit beugen. Geht nun das die Träger der religiösen Lehren nicht gen; denn nichts ist so konservativ und stäubt sich so gegen jeden Fortschritt, wie alteingewurzelte religiöse Anschauungen. Aber gerade darin liegt für die christliche Religion die Gefahr, daß sie immer mehr aufhört, eine wirkliche Religion des Volkes zu sein, daß das Volk aufhört, an die alte Religion zu glauben und nach ihr zu handeln. Wer offene Augen hat, zu sehen, der wird dafür in der heutigen Zeit massenhafte Beispiele finden.

Damit wollen wir unsere Ausführungen über die Entwicklung der Religion und des Gottesglaubens schließen. Wir konnten darüber nur in großen Zügen berichten, konnten nur die großen Linien der Entwicklung zeigen. Auf so manche wichtige Gedanken in dem Samowischen Buche konnten wir nicht eingehen, und aus seinen vielen Beispielen aus den verschiedenen Religionen konnten wir nur knappe Andeutungen machen, wenn wir auch andererseits einiges hinzugefügt haben, was in dem Buche Ennoss nicht enthalten ist. Wer sich nun mit diesen Fragen weiter beschäftigen will, dem empfehlen wir das Samowische Buch erneut zur Anschaffung.

die Stunde. Für Arbeiterinnen unter 18 Jahren werden 20 bis 22 Pf. fleigend jährlich um 1 Pf. bezahlt. Erreichen die Arbeiterinnen im ersten Jahre das 18. Lebensjahr, so treten sie in die Klasse I ein. Im Kleider wird der Stundenlohn überall um 2 Pf. erhöht. Ebenso ist der Stundenlohn um 10 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. An den Sonnabenden ist eine Stunde früher, an den Vorabenden der hohen Feiertage drei Stunden früher feierabend. Bezahlung erfolgt für den ganzen Tag.

Dieser schönen Erfolg haben die Kolleginnen ohne Kampf errungen und einzig und allein ihrer geschlossenen Organisation und ihrer Solidarität zu danken. Darum, Arbeiterinnen der Textilindustrie, ahmt das schöne Beispiel eurer Städtler Kolleginnen nach, erkennet den Wert des Zusammenschlusses! Tretet ein in eure Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter, dann werdet auch ihr euch bessere Arbeitsbedingungen erringen können.

Korrespondenzen.

Heidelberg. Am 26. Oktober tagte im Gewerkschaftshaus „Zum heutigen Ganje“ in Heidelberg eine Konferenz, die sich mit der Agitations- und Organisationsarbeit im Zahlstellengebiet Heidelberg beschäftigte. Zu diesem Zahlstellengebiet gehören circa 50 Landorte, Ortschaften, in denen sich keine selbständigen Zahlstellen errichten lassen. Zuständige Betriebe sind 12-15 vorhanden, in denen 1200-1500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden; außerdem ist eine große Anzahl von Arbeitern in dem Industriegebiet Mannheim beschäftigt, deren Zahl sich jetzt noch nicht feststellen läßt.

Vertreten waren die Orte Kirchheim, Heidelberg, Leimen, Mohrbach, Sandhausen, Sammenthal und Mauer. Gauleiter Schreiber referierte über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Zahlstellengebietes Heidelberg und erläuterte die Agitationsmethoden. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten bekräftigt und die Disziplinarredner versprochen, im Sinne des Referenten tätig zu sein. Der Vertreter von Sammenthal schloß die Arbeitssöhne, die oft nur 1,80 bis 2,80 Mark betragen und nur ausnahmsweise auf 3,20 Mark steigen. Die Arbeiterinnen arbeiten im Nord, der Durchschnittsverdienst schwankt zwischen 8 und 12 Mark pro Woche. Nur einige Ausnahmefälle mit 15 Mark pro Woche sind zu verzeichnen. Der Vertreter von Mauer erklärte, die gleichen Verhältnisse seien in Mauer vorhanden, es wären Arbeiter, die ein Häuschen und etwas Feld besitzen, aber für die Organisation sehr schwer zugänglich seien. Ein Kollege aus Sandhausen berichtete, daß in der Gementwarenbrustrie besonders schlechte Verhältnisse seien, die der Verbesserung bedürftig. Verschiedene unorganisierte Vertreter ließen sich sofort in die Organisation aufnehmen. Einige Disziplinarredner kennzeichneten den Überalismus der Arbeitgeber. Die Arbeiterchaft sei bei Fälschen gut genug als Stimmzettel. In Verhandlungen verspricht man volle Koalitionsfreiheit, aber wer es wagt, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, wird unbarbarisch auf Straßengelassen geworfen. Als Kuriosum möchte man das Verhalten des Herrn Dr. Schott betrachten. Am 20. Oktober fand eine liberale Wählerversammlung in Leimen statt, in der Reichstagsabgeordneter Reigath, Stuttgart, referierte. In seinen Ausführungen verpönte er die Koalitionsfreiheit, wegen Organisationszugehörigkeit dürfte kein Arbeiter entlassen werden.

Auf Wunsch aus der Versammlung, daß der anwesende Dr. Schott als liberaler Mann anders handle, bezeichnete Dr. Schott den Wunsch als Ungezogenheit. In der Diskussion gab Dr. Schott die Erklärung ab, daß er keinen Arbeiter wegen Organisationszugehörigkeit entlasse, und erklärte den Fall Stern, der ihn beleidigt habe. Er betonte ferner, er habe nur keine Agitation in seinem Betriebe. Am 23. Oktober hatte Dr. Schott seine liberale Gesinnung schon wieder geändert. Die Arbeiter mitteln, soll Dr. Schott im Betriebe erklärt haben, er dürfe keinen Organisierten. Gauleiter Schreiber wurde aufgefordert, in einer öffentlichen Versammlung die Praxis dieser liberalen Arbeitgeber zu kennzeichnen. Mit einem lautmächtigen Appell an die Anwesenden, auch das Gehörte zu bezeugen, schloß der Vorsitzende Kollege Benz die anregend und recht lebhaft verlaufene Konferenz.

Aus Lothringen. Trotz der schwierigen Verhältnissen gewinnen die freien Gewerkschaften in Lothringen immer mehr Boden. Es beginnt ein schmerzliches Ringen zwischen Arbeit und Kapital. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn Veranstaltungen auf Veranstaltungen stattfinden, die sich um den Arbeiter drehen. Ein Beweis, welchen Wert die Arbeiterschaft in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besitzt. Täglich bringen die Zeitungsblätter es zum Ausdruck, wie bejagt sie um den Arbeiter sind. Wie die Arbeiter vor den Zentrumschriften von ihren wichtigsten Interessen abgelenkt werden sollen, beweist der fünfte Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Diözese Metz, der am 26. Oktober in Wörthringen stattfand.

Eröffnet wurde die Tagung durch ein feierliches Hochamt. Im ersten Punkt beschäftigte sich der Delegiertentag mit den Fragen der Finanzen und der „Besonderen Arbeiterzeitung“. Dann ging es zum gemeinsamen Mittageßen, nachdem man noch ein Ergebenheits-Telegramm an den „hochwürdigsten Herrn Bischof“ abgeschickt hatte. Nach dem gemeinsamen Mittageßen gingen die Delegierten in Begleitung der Arbeitervereinskommission und des Kronmüller- und Heisenburps zur Kirche, wo sich „Herr Bischof“ Domherr Dr. Louis den Segen mit dem „Herrlichste“ gab. Nichts als Zeremonien, wovon der Arbeiter nichts hat. Daß die Beschlüsse einer solchen Tagung nicht besser ausfallen oder auch weiter nichts sind als Zeremonien, braucht nicht besonders betont zu werden. Jedoch, was wurde beschlossen? Der 5. Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Diözese Metz erkennt die dringende Notwendigkeit einer intensiven Kulturarbeit an seinen Mitgliedern und deren Familien an. Schön, daß an den Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine noch viel Kulturarbeit zu leisten ist, befreiten wir nicht. Aber wie wollen die geistlichen Herren nun Kulturarbeit leisten? Darüber heißt es: „Im einzelnen muß die arbeitende Bevölkerung erregt werden zur Wirtschaftlichkeit, das heißt zur Kunst, mit dem Gelde umzugehen. Das ist gut. Erst wenn das Zentrum (an der Tagung nahmen auch Zentrumsabgeordnete teil) der arbeitenden Bevölkerung die Lebenshaltung, dann will man ihnen Vorträge halten über die Kunst, mit dem Gelde richtig umzugehen. Es ist wahrlich eine Kunst, bei den jetzigen Lohnverhältnissen mit dem Gelde sich richtig und wirtschaftlich ermaßen zu können, das begreifen auch die katholischen Arbeiter, aber schändlich daran ist das Zentrum einseitig der geistlichen Arbeitervereine. Des weiteren soll die arbeitende Bevölkerung erregt werden zur Pflege der Gesundheit, Pflege von Geist und Gemüt. Pflege der religiösen Teilnahme als Grundlage der höchsten Kultur. Die Verbandskommission stellt die genannten Aufgaben auf:

- a) durch Einführung von Hausbibliotheken für die Vereinsmitglieder.
b) Beiträge leisten, besonders während der Wintermonate, über: Bezahlung des Lohnes, Krankenversicherung, Wohnungsgeld etc.
c) Eingehen an die Regierung bzw. Behörden betreffend Einbürgerung der Vergütungsgewerkschaften, Selbstversicherungen und ähnlicher Bestimmungen an den Sonntagen und an Festtagen.
d) Aufpassen auf den Zusammenhang von guten, christlichen Kapitalisten für arbeitende katholische Arbeiter, überhaupt für Arbeiter für Arbeiter in allgemeinen.
Das ist im Grunde ein durch und durch gelbes Programm. Es hat aber den Vorzug, recht billig zu sein für die Unternehmer. Von einer Verbesserung der Verhältnisse durch Erhöhung der Löhne ist mit keinem Worte die Rede. Das können ja auch die kapitalistischen Unternehmer sehr bezweifeln. Allerdings können wir, wenn die Einführung der Hausbibliotheken zur Ausführung gelangt, den katholischen Arbeitern nur empfehlen, diese bei richtiger Ausnutzung der Zentrumsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Die katholischen Arbeiter müssen aber doch eigenständig erlangen, daß ihnen so nicht gehalten werden kann.

Rundschau.

Fachverband und Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Die Differenzen zwischen den in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine beteiligten Verbänden und der Verlagsgesellschaft des Fachverbandes Konsumvereine sind nunmehr durch eine Konferenz beider Parteien beigelegt worden. Es wurde abschließende Erklärung vereinbart:

Nach einer Reihe beiderseitigen Erhebungen der in den Verhandlungen vom 15. Mai 1913 verhandelten Beschlüssen des Fachverbandes Konsumvereine m. b. H. fand am Montag, dem 27. Oktober 1913 eine Sitzung statt, an der als Vertreter des Deutschen Buchdrucker-Verbandes die Unterzeichneten E. Döblin, W. Dreier und Fr. Kunkler, als Vertreter der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. die unterzeichneten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder: Heinrich Kaufmann, Dr. August Müller, Hugo Wäfflein und der Vorsitzende des Aufsichtsrates, U. v. Elm, teilnahmen. Die Beteiligten haben sich über alle schwebenden Differenzen eingehend ausgesprochen und festgestellt, daß manche Mißverständnisse beseitigt werden konnten, die Situation gegen den Willen der Beteiligten zu verbessern. Alle Mißverständnisse sind zu beiderseitiger Zufriedenheit durch die gegebene Aufklärung beseitigt.

Die Unterzeichneten ersuchen deshalb, die Auseinandersetzungen über die Differenzen in der Presse und in den Versammlungen in allseitigem Interesse einzustellen.

Beide Organisationen verständigten sich dahin, daß, falls in Zukunft größere Differenzen wieder vorkommen sollten, die Zentralleitungen beider Organisationen versuchen wollen, sie in freundschaftlicher Weise zu erledigen.

E. Döblin, W. Dreier, Fr. Kunkler, U. v. Elm, Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Wäfflein.

Diese Verständigung hat nur einen Fehler: sie kommt einige Monate zu spät. Immerhin ist es gut, daß die Verlagsgesellschaft nun endlich den Weg gefunden hat, den sie schon lange hätte gehen müssen.

Pimperl Wichtig aus Mannheim.

Die politischen Wogen gingen bei dem Stichwahlkampf zum badiischen Landtage recht hoch. Liberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten bildeten den Großblock. Das war für den Führer der Liberalen doch zu viel. Diefelben Liberalen, von denen - einige - ihm schon die Speisejale und Fabrikantinnen öffneten zur Verleumdung der Sozialdemokraten - wie sie die freien Gewerkschaften nennen - gehen jetzt Arm in Arm mit der verhassten Sozialdemokratie, um eine schwarzblaue Mehrheit im badiischen Landtage zu verhindern. Dies muß verhindert werden, so dachte Hilbig. In einer konservativen Wählerversammlung, die in Friedrichsfeld abgehalten wurde, führte Hilbig, als Diskussionsredner, die Anwesenden im Namen der Nationalliberalen auf, für den konservativen Kandidaten, Pfarrer Karl, am Wahltag einzutreten. Unter den anwesenden Liberalen rief dies eine gewaltige Entrüstung hervor. O Schmerz! Im „Generalanzeiger“ erhielt dann Hilbig eine Verächtigung, daß er nur für seine Person gesprochen habe. Es wurde ihm wahrscheinlich angedeutet, daß er überhaupt nichts zu sagen und nur die Wünsche der Unternehmer zu erfüllen habe. In Ludwigsburg erging es ihm noch viel schlimmer; man ließ ihn gar nicht zu Worte kommen. Die neue badiische „Landeszeitung“ schreibt: „Der gelbe Sekretär Hilbig konnte diesmal nicht zu Worte kommen, indem er niedergeschrien wurde. Die Liberalen gaben hier die Parole für den Sozialdemokraten Besthold aus.“ Immerhin können die Schwarzblauen - Zentrum und Konfession - sich nicht auf den neuen Zuwachs. Hoffentlich respektiert man auch diese Unternehmung bei den nächsten Wahlen. So ein schwarzblauer Kandidat ist schon eine Zugkraft. Was sagen die christlichen Sekretäre zu der neuen Konkurrenz?

Bilanz der Abrechnung vom 2. Quartal 1913.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe' sections with various sub-items like 'An Kassenbestand vom vorigen Quartal', 'An Eintrittsgeld', etc.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe' sections with various sub-items like 'An Erwerbslosen-Unterstützung', 'An Streit-Unterstützung', etc.

Bilanz. Gesamt-Einnahme 4 375 310,81 M. Gesamt-Ausgabe 3 838 203,25 M. Bleibt Kassenbestand 537 107,56 M. Hannover, den 27. Oktober 1913. Heimr. Sack, 2. Vorsitzender. Fritz Bruns, Kassierer. H. Müller, W. Berrmann, C. Bauer, Revisoren.

Verbandsnachrichten.

Verbandsliste.

Von den Parteien unseres Verbandsgebietes (wie sie dem Kalender für 1914 beiliegen) kann ein größerer Posten in Einzelzetteln zum Preise von 15 Pf. das Stück abgegeben werden. Bestellungen unter Angabe der gewünschten Zahl sind an den Hauptvorstand zu richten.

Verbandskalender 1914.

Es sind noch einige hundert Kalender verfügbar geworden. Zahlstellen, die noch nicht bestellt oder noch Bedarf haben, können ihre Aufträge einsenden.

Vom 28. Oktober an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Table listing contributions from various locations: Bückeburg 322,52, Heubach 180,39, Bursbach 137,13, Schwelb. 62,26, Rabeberg 12,77, Baugen 5,50, Mühlheim 10,00, etc.

Schluss: Montag, den 3. November, mittags 12 Uhr.

F. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das dritte Quartal 1913 haben eingekandt:

E., west a. D., Neustadt i. Holst., Gosh. Heilsholt, Güttenrode, Blomberg i. L., Erlen, Minteln, Düren, Engen, Höhenweid, Neumarkt i. Schl., Potsdam, Halbe, Kasl a. M., Bremerhaven, Wolgast, Wurzach, Göttingen, Hannover, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Deftrig-Wintel.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Table listing insurance contributions from various locations: Brandenburg a. d. H. 32,95, Eilenburg 26,10, Heidenheim 26,00, Pries 19,35, Stralund 9,90, Karel i. O. 9,10, Kolbitz 13,50, etc.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen.

erhielten die Zahlstellen Brandenburg. Männliche Mitglieder 10 Mark a 20 Pf. weibliche und jugendliche Mitglieder 5 Mark a 20 Pf. Mainz. 15 Pf. pro Mitglied und Quartal.

Ausgeschlossen.

wurden die Mitglieder der Zahlstelle Magdeburg. Otto Saag, Karten-Nr. 290084; Otto Knauf, Buch-Nr. 391017; Karl Eckert, Buch-Nr. 498414; Aug. Eichel, Buch-Nr. 514081.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in. Lists lost books and membership cards.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bamberg. Johann Götz, Büchberg Nr. 3. Gelsenkirchen. Heinrich Kruse, Bulme, Gustafstr. 7, 1. Et. Gredow i. M. Karl Vollow, Prilocher Str. 32. Roldow i. P. Julius Steinte, Marktstr. 14. Deftrig-Wintel. Karl Benz, Wintel, Johannsbergerstr. 4. Weiskau-Senktenberg. Johann Kerstan, Weiskau, Spreewaldstr. 26. Preise-Unterstützung bei Oskar Neßfert, Kottbus, Büchhändlerstr. 10. Weimar. Günther Schmidt, Wagdorffstr. 71, 3. Et.

Inserate.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Für unsere Bezirke Spandau und Charlottenburg finden wir je einen Hauskassierer. Die Aufstellung erfolgt an den bekannten Bedingungen. Bewerber müssen mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sein. Die Werbungsadressen, enthaltend Angaben über Mitgliedsdane, bisherige Tätigkeit innerhalb der Organisation usw., sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis 15. Dezember an den Unterzeichneten einzuliefern. (5.30.16) Konrad Bruns, Einzelstr. 15.

Chemische Industrie

Gesundheitsschädigungen durch Gase und Dünste.

Es gibt eine große Zahl von Gasen und Dünsten, die, in den Gewerbebetrieben eingeatmet, Schädigungen der Gesundheit hervorzurufen können, sei es, daß sie bloß örtlich die Schleimhäute reizen und mehr oder minder heftige Katarthe hervorrufen, sei es, daß sie allgemein vergiftend wirken. Zu erstgenannten Gasen gehört zum Beispiel die Flußsäure und die Salzsäure. So zeigen sich früher bei den Glasarbeitern Erkrankungen der Atmungsorgane, als sie sich der Flußsäure begeben mußten, um Glasfasern die verzierenden Muster aufzuzeichnen. Salzsäure reizt bei fortgesetzter Einatmung auch nur geringer Mengen außerordentlich heftig. Deute, die fortwährend auch nur kleine Mengen von Salzsäuredämpfen einatmen, werden blutarm und mager ab. Salzsäuredämpfe haben einzutreten die Chlorbleiche in den Papierfabriken, die Rattendrucker, die Arbeiter in der Kunstvollindustrie und Arbeiter chemischer Fabriken. Die Einatmung der schwefeligen Säure kann durch die starke Reizung der Atemwege zu Blutauswurf und auch schließlich zur Entzündung der Gewebe führen. Die schwefelige Säure tritt auf beim Abköpfer der Erze, dann bei den Sulfidabfällen.

Schwefelwasserstoff ist sowohl ein örtlich reizendes Gift, wie auch ein Nerven- und Blutgift, das rasch zum Tode führt, wenn der Arbeiter nicht schnell aus der giftigen Atmosphäre entfernt wird. Vergiftungen kommen vor beim Entleeren der Latrinen und in chemischen Fabriken. Ammoniak wird bei der Eisfabrikation gebraucht, entsteht auch als Nebenprodukt bei der Leuchtgasherstellung und wird vielfach in der Industrie, so in Bleichereien, Farbenfabriken, Zeugdruckereien verwendet. Wird Ammoniak eingeatmet, so kommt es zur Entzündung der Schleimhäute der Luftwege. Der Reibelackel schwillt an und in der Schleimhaut können Blutungen auftreten. Salpetersäure übt eine sehr starke Wirkung aus, indem sie das Eiweiß gerinnen macht. Bei der Einatmung der salpetrigen Säure, den sogenannten Nitrogen Gasen, ereignen sich in der Metallindustrie und in chemischen Fabriken vielfach Unglücksfälle. Es wurde oft beobachtet, daß die Leute gar nicht fühlten, wie sie die giftigen Dämpfe einatmeten und dann plötzlich nach mehreren Stunden zusammenbrachen und zugrunde gingen.

Das Arsenik kann durch Verstäuben an die Hände, in den Mund und von dort aus schließlich in den Magen gelangen. Die in den Messingfabriken beschäftigten Arbeiter haben zuweilen neben Schwefel- und salpetersäurehaltigen Dämpfen Arsenik einzatmen. Ganz außerordentlich giftig ist der Arsenwasserstoff, von dem schon kleinste Mengen zur tödlichen Vergiftung genügen. Die Zeichen der Arsenvergiftung sind Gefühl des Zusammenschnürens des Schindes, starker Durst, Erbrechen, Trockenheit im Halse, Schlingbeschwerden, heftige Schmerzen im Leib. Die chronische Arsenvergiftung charakterisiert sich durch Kopfschmerz, Trockenheit im Mund und Schlund und durch das Gefühl der Schwäche. Kohlenäure wirkt in irgend erheblicher Menge eingeatmet krankmachend; konzentriert eingeatmet, erstirbt.

Das Kohlenoxyd entwickelt sich beim Verhütten der Erze. Auch beim Bessmerprozess der Stahlfabrikation wird Kohlenoxyd entwickelt und sind auch dabei schon Todesfälle beobachtet worden. Auch die Minenkrankheit gehört hierher. Die Einatmung des Schwefelkohlenstoffes erzeugt heftige Kopfschmerzen, Schwindel und Muskelschwäche. Auch Gedächtnisverwirrungen sind zum Beispiel bei Kumpelarbeitern, die mit Schwefelkohlenstoff arbeiten, beobachtet worden. Der Schwefelkohlenstoff darf daher da, wo er gebraucht wird, zum Beispiel auch zum Entfetten der Wolle nur in geschlossenen Apparaten zirkulieren, da er doch als ein starkes Gift anzusehen ist. Auch mit der Blausäure hat man es in der Industrie zu tun, trotz ihrer furchtbaren Giftigkeit. So entwickeln sich in der Blausäureherstellung Dämpfe. Die Metalle können Dämpfe entwickeln, die eingeatmet gesundheitsschädlich wirken, zum Beispiel die Zinkdämpfe. Das Viehfieber, auch Zinkfieber, sollte eigentlich Messingfieber heißen, weil es nur bei der Messingfabrikation vorkommt. Giftig ist bekanntlich das Quecksilber, dessen schlimmste Eigenschaft ist, daß es bei jeder Temperatur verdunstet und erst bei 40 Grad unter 0 fest wird. Außer den Hüttenleuten sind besonders die Bergarbeiter, die Bronzearbeiter, die Verfertiger von Barometern, Thermometern usw., die Arbeiter in Fabriken, in welchen Glühlampen für die elektrische Beleuchtung hergestellt werden, die Filzarbeiter und Gummiarbeiter der Gefahr der Quecksilbervergiftung ausgesetzt. Die Zeichen dieser Vergiftung, wenn sie chronisch geworden ist, sind: Anschwellen des Halsfleischs, welches leicht blutet, leicht geschwärtzt wird, starker Geruch aus dem Munde, Vockerung und Ausfallen der Zähne, starker Speichelfluß. Dann tritt Nierenschwäche auf. Schließlich tritt Abmagerung und allgemeine Entkräftigung ein.

Kohlendämpfe wirken dann schädlich, wenn es sich um Verunreinigungen bei denselben handelt. Fufeldämpfe verursachen den Arbeitern Brustbeklemmung und Kopfschmerzen. Der Holzgeist wird in den Baumwolldruckereien vielfach als Lösungsmittel für Anilinfarben benutzt und die Einatmung hat dort Kopfschmerzen und allgemeines Unbehagen hervorzurufen.

Nitroglycerin wird zur Herstellung des Dynamits wie auch zur Herstellung von Explosivstoffen benutzt. Es ist ein an Furchtbarkeit der Blausäure gleichkommendes Gift, da bei beiden nur wenige Tropfen zur Herbeiführung des Todes genügen.

Anilin wurde zuerst aus Indigo und wird jetzt durch Reduktion von Nitrobenzol fabrikmäßig dargestellt, hauptsächlich zur Herstellung organischer Farbstoffe. In den Anilinfabriken sind nach Abschaffung des Arsenverfahrens die Anilindämpfe meist noch gefährlich. Bei der Herstellung des Fuchsin können die Dämpfe ebenso schädlich wirken, wie die bei der Darstellung des Anilins. Ich entwickelnde Dämpfe. Die Anilindergiftung kann in zwei Formen auftreten: einmal wird der Befallene taumelig, müde, schwach, die Sprache ist erschwert, der Lippenaum blau, der Mann macht den Eindruck eines Trunkenen; in andern Fällen fühlt der befallene Arbeiter nichts, nur werden seine Lippen blau. Schickt man solche Arbeiter ins Freie, so sind sie in einigen Stunden

wieder gesund. Werden beim Reinigen des Destillationskessels oder beim Begießen der Kleider mit Anilindämpfen in konzentrierter Form eingeatmet, so kann der Betroffene plötzlich bewusstlos zusammenstürzen. Lippen, Nase und Ohren sind dunkelblau, Zuckungen treten auf und es kann der Tod erfolgen. Terpentinöl- und Benzoldämpfe reizen die Schleimhäute stark, sie können Speichel- und Nasenfluß, Bronchialkatarrh, der sich bis zur Lungenentzündung steigert, hervorzurufen und daneben auch noch Schwindel, Kopfschmerz und Uebelkeit verursachen. Auch diese Dämpfe sind demnach möglichst zu beseitigen.

Das Pyridin ist ein Gift. Es wird bei der trockenen Destillation organischer Substanzen gewonnen. Es kommt im Tabakstrauch vor, wirkt reizend auf das Nervenzentrum, besonders das Rückenmark, worauf dann Lähmung folgt. Da nun das Pyridin neben dem Holzgeist zur Denaturierung des Spiritus verwendet wird, so kommen vielfach schwere Klagen über die Giftwirkung des denaturierten Spiritus seitens der Arbeiter vor, welche mit demselben arbeiten müssen, zu denen Bergarbeiter, Fischer, Fischer, Lackierer, Drechsler usw. gehören. Da die Arbeiter die Dämpfe einatmen, so beklagen sie sich über Würgen und Krämen im Halse, über Uebelkeit, die oft zum Erbrechen führt, über heftiges Kopfweh, Schwindel, Gliederzittern nebst Muskelerlöschung; es soll auch infolge von Herzschwäche zu Ohnmachten, besglichen zu Atemnot und krampfhaften Zuckungen kommen.

Dr. W. Panauer, Frankfurt a. M.

Juckpulver oder Einbildung als Ursache von Massenerkrankungen?

Am 23. Juli d. J. erkrankten plötzlich eine Anzahl Arbeiterinnen in der Filmfabrik der Aktiengesellschaft für Anilinderstellung in Gropshaus. Als das „Halle'sche Volksblatt“ diese Erkrankungen auf Betriebsverhältnisse zurückführte, schickte der leitende Fabrikarzt dem Blatte folgende Verlautbarung: „Die unter Witterfeld in Nr. 173 Hyes Blattes gedruckte Notiz, daß am Mittwoch in der Filmfabrik 18 junge Arbeiterinnen unter Vergiftungserscheinungen erkrankten und diese Erkrankungen wahrscheinlich ihre Ursache in dem Fabrikationsverfahren hätten, entspricht nicht den Tatsachen. Zunächst sind die erkrankten Mädchen, elf an der Zahl, sämtlich im Verpackungszentrum, also mit dem fertigen Film, beschäftigt, so daß von einer beruflichen gesundheitlichen Schädigung nicht die Rede sein kann. Die Ursache der Erkrankungen war vielmehr, wie sofort nach dem Auftreten der ersten Krankheitserscheinung einwandfrei — auch durch Zeugen — festgestellt wurde, daß eines der Mädchen sogenanntes Juckpulver, das aus pflanzlichen, sehr feinen und daher besonders die Schleimhäute sehr reizenden Härchen besteht, während des Essens und auch später während der Arbeit an seine Arbeitskolleginnen verteilte. Von diesen Härchen sind größere Mengen jedenfalls auch in das Essen gefallen, andre, die an den Händen kleben, nachträglich bei der Speiseaufnahme mit verschluckt worden. Durch den Reiz dieser Härchen sind die beobachteten Krankheitserscheinungen hervorgerufen worden. Die Erkrankungen am 24. Juli sind auf dieselbe Ursache zurückzuführen, da einige Arbeiterinnen ihre Schürzen nicht sorgfältig von den anhaftenden Härchen gereinigt hatten und so der neuen Schädigung abermals verfielen. Sämtliche Mädchen sind heute wieder hergestellt.“

In dieser Verlautbarung war zunächst die Angabe irrig, daß sämtliche Mädchen wieder hergestellt seien; es befanden sich noch einige im Krankenhaus der Firma. Dagegen konnten wir nicht nachprüfen, ob Juckpulver so große und andauernde Wirkungen hinterlassen kann, wie sie hier zu verzeichnen waren.

Kun wurden aber am 24. Oktober wieder 20 Mädchen vom Anwohlerfeld befallen. Auf eine Notiz im „Halle'schen Volksblatt“ mit der Frage, ob es wieder Juckpulver sei, brachte Dr. Kurfürmann geschwind wieder eine „Aufklärung“. Sie lautet so aus:

„Als leitender Fabrikarzt der Aktiengesellschaft für Anilinderstellung mache ich Ihnen von einer Anzahl Erkrankungsfälle, die am 24. d. M. in unserer Filmfabrikation vorkamen, Mitteilung und stelle Ihnen anheim, diese Notiz in Ihrem geschätzten Blatte zu veröffentlichen. Nachdem um 11 Uhr vormittags in dem Auslieferungszentrum eine Arbeiterin der Filmfabrik, die an mäßiger Blutarmut leidet, sonst aber ohne nachweislichen Grund ohnmächtig geworden war, erkrankten im Laufe der nächsten zwei Stunden noch 15 Mädchen unter Schwindelanschlägen, Ohnmachtanfällen, Schwindel, Kopfschmerzen, allgemeiner Mattigkeit. Die später Erkrankten haben in der Hauptsache diejenigen, die früher erkrankten, nach dem Arztzimmer gebracht oder sich sonst an der Hilfeleistung beteiligt. Auch in einem andern Arbeitsraum kamen, nachdem eine Arbeiterin gelegentlich einer Bestellung die erkrankten Kolleginnen gesehen und ihren Kolleginnen von den Beschwerden der Mädchen erzählt hatte, Erkrankungen vor. Es sind zum Teil dieselben Mädchen, die vor einigen Monaten an ähnlichen Erscheinungen schon einmal gelitten hatten. Die Möglichkeit einer Vergiftung sowohl durch Speise als auch durch Gase oder Staub in dem Arbeitsraum ist nach der sofort vorgenommenen Untersuchung vollständig ausgeschlossen. Es handelt sich vielmehr um eine suggestive Wirkung bei den in den Entwicklungsjahren stehenden Mädchen, deren Nervensystem sehr sensibel ist. Symptomatische schwerere Krankheitserscheinungen wurden nicht beobachtet. Auch konnten sämtliche Mädchen, teilweise noch mit geringen Beschwerden, am Nachmittag nach Hause entlassen werden. Um dem Umfange der Suggestion zu steuern, war es angezeigt, die Betriebe, in denen weibliche Arbeiter beschäftigt sind, am Nachmittag zu schließen.“

Schachtelungsdruck

Dr. Kurfürmann.

Die Darstellung des Dr. Kurfürmann wirkt nicht gerade überzeugend. Daß in den Raum, in dem die Massenerkrankungen vorkamen, nur fertige Filme kommen, stimmt schon, aber der Film riecht sehr stark und die Fenster dürfen nicht geöffnet werden. Ueber 50 Mädchen sind in dem Raum beschäftigt. Auch werden zur Herstellung der Filme verschiedene Stoffe verwendet, deren Schädlichkeit für den menschlichen Organismus unbestritten ist. Wir haben mithin gute Gründe, hinter die Aufklärung des Dr. Kurfürmanns einige recht große Fragezeichen zu setzen. Einmal Juckpulver, das andre Mal Nachahmungskrieb. Jeder vorurteilslose Besucher wird zugeben, daß diese Erklärungen mehr als gezwungen anmuten. Vielleicht veranlaßt die Gewerbeinspektion einmal eine eingehende Untersuchung der so harmlos erklärten Erkrankungen.

Ungerechtfertigte Abzüge.

In der Dynamitfabrik in Schleibsch-Mansfort wollen die Klagen nicht verkümmern, weil die Leute ihre Säureabzüge selbst bezahlen müssen und das Geld hierfür am Lohnstag abgeholt wird. Es ist doch die Höhe, wenn eine Firma sich von den Arbeitern auch noch die zur Sicherheit nötigen Utenilien bezahlen läßt. Ein Säureabzug ist ein Bestandteil, der zur Säureherstellung notwendig gebraucht wird, und sich diese Bestandteile von den Leuten bezahlen lassen, ist mehr als sonderbar. Oder ist die Firma der Ansicht, daß ihre Leute mit 40 bis 42 Pf. Stundenlohn so gut dolierte Stellen haben, daß man ohne weiteres solche Abzüge machen kann? Ein anderer Umstand, der diesem gleichgültigen ist, ist der, daß man auch die Arbeiter die ärztliche Untersuchung selbst bezahlen läßt und auch diese Summe in Höhe von einer Mark — am ersten Lohnstag abhört. Wenn eine Firma die einspülenden Arbeiter dem Untersuchungsamt unterwirft, müßte sie die hierzu nötigen Ausgaben auch selbst decken, da die Leute doch später ihre Krankheitsbeiträge zu zahlen haben.

X Kämpfer. Die Leitung der Rheinischen Sprengstofffabrik will die ihr unbecommene Kritik dadurch aus der Welt schaffen, daß sie Leute entläßt, die nach ihrer Auffassung an den Kritiken schuld sind. Daß die Leitung in ihrer Art, „der Schlange den Kopf zu zerretzen“, gehörig daneben tritt, sei nur nebenbei bemerkt und zeigt auch gleichzeitig, daß bei der Leitung sämtliche Vernunft auf Kosten der Geizhalsigkeit sein muß. So hat man am 30. Oktober den 15jährigen Sohn des Geschäftsführers des Fabrikarbeitsverbandes entlassen, weil sein Vater — Bechtler — erstatter der „Arbeiterstimme“ sei. Die ganze Haltung der Betriebsleitung bekommt einen Zug ins Lächerliche, wenn sie auf dem Standpunkte stehen sollte, daß durch derartige Maßnahmen unsere Arbeiterbewegung aufgehalten würde oder daß die der Leitung unbecommene Mahner zum Schweigen gebracht würden. Zum Schweigen wird die Kritik nur gezwungen, wenn man seinen Betrieb gefällig einrichtet und nach Gefehlsvorschrift arbeiten läßt. So schafft man die Kritik aus der Welt. Die Betriebsleitung ist ganz aus dem Häuschen, weil wir Anzeige erstattet und in der Zeitung kritisiert haben, daß sie eines Sonntags einen jungen Burschen von 14 Jahren in der Zeit von 8 bis 2 Uhr beschäftigt hat. Das kann sich die Leitung gefällig sein lassen: Wir werden nach wie vor ein nachsames Auge auf ihre „Musterübungen“ haben und alles daran setzen, daß den bestehenden Schutzbestimmungen für Leben und Gesundheit der Arbeiter Rechnung getragen wird.

Unfälle in den höchsten Fabrikwerken.

Im Bombenraum der Fabrikwerke zu Höchst plakte beim Abdrücken einer mit Anilin gefüllter Bombe der Gummischlauch, und das heiße Anilin spritzte dem Arbeiter Böien an den Kopf. Mit harter Verletzung und einer Anilindergiftung wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, wo er dann einige Tage lang darniederlag.

Ferner wurde der Ausseher Pfeißch von der Abteilung Heißerum durch eine Heißerexplosion im Gesicht und an den Händen verbrannt; auch er wurde dem Krankenhaus zugeführt.

Keramische Industrie

Zum Zementkrieg.

Um dem drohenden, auch für die Zementarbeiter unheilvollen Zementkrieg, der durch die Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikats heraufbeschworen wurde, noch in letzter Stunde zu steuern, verbandte der Direktor Schott vom Hebelberg-Mannheimer Zementwerk ein Rundschreiben an die Zementfabriken, das auch für die Arbeiter einiges Interessante bietet. Es hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

„Die Verhältnisse der Zementindustrie in Rheinland-Westfalen haben sich jetzt so zugepoint, daß ein ruinöser Kampf, der Millionen beuögen Nationalvermögens kosten wird, unvermeidlich erscheint. Der Verkauf für das Jahr 1914 ist freigegeben, und es werden wohl bereits Verkäufe einzelner Fabriken getätigt oder bald getätigt werden. Die am Sonnabend, 4. Oktober cr., in Frankfurt a. M. versammelten Vertretenden der übrigen deutschen Zementfabriken haben mit den Vertretern der großen Werke Bonn, Duderhoff u. Thyssen einstimmig beschlossen, kaltes Blut zu behalten und vorläufig bis 15. Oktober d. J. keine Verkäufe für 1914 zu machen. Ich möchte deshalb in letzter Stunde die westfälischen Fabriken nochmals bitten, folgendes zu erwägen: Was kann durch den bevorstehenden Kampf erreicht werden? Wird es möglich sein, durch denselben die bestehende Ueberproduktion, welche die Hauptursache der jetzigen traurigen Verhältnisse ist, dauernd zu beseitigen? Niemand ist im unklaren darüber, daß das durchaus nicht der Fall sein wird! Zwar wird, solange der Kampf dauert und alle Werke, auch die größten und bestgerüsteten, mit Verlust arbeiten, eine Anzahl Werke zeitweilig stillgelegt werden, vielleicht auch, wenn der Kampf sehr lange dauert, eine Anzahl in Konkurs geraten.“

Was ist damit dann erreicht? Diese Werke kommen schließlich für einen Spottpreis in andre Hände und bilden dann eine viel lebensfähigere Konkurrenz als vorher. Sie sind da und bleiben da! Nach meiner festen Ueberzeugung könnten in Rheinland-Westfalen dieselben geordneten Verhältnisse herrschen, wie sie seit langer Zeit in Süddeutschland bestehen, herbeigeführt und zwecklose Vergehung vieler Millionen vermieden werden. Man sage nicht, daß in Westfalen andre Verhältnisse herrschen. Das ist nicht wahr! Ein Blick auf die geologische Karte zeigt, daß fast ganz Bayern, Württemberg und Baden aus Kalksteinboden besteht. Die Gefahr der Entstehung neuer Werke war dort stets ebenso groß wie in Westfalen; der Unterschied ist nur der, daß man dort nicht die Hände in den Schoß gelegt, sondern dieser Gefahr mit Erfolg entgegengetreten ist. Selbst die Entstehung eines großen Thyssenischen Werkes mit einer Beteiligung von fast 20 Prozent des jetzigen Gesamtabzuges konnte dort — wenn auch mit Opfern — überwunden werden. Nach meiner Ansicht gibt es nur einen Weg, in Westfalen dauernd die gleichen stabilen Verhältnisse herbeizuführen. Er könnte, energig beschritten, in kurzer Zeit zum Ziele führen, und man wird ihn nach meiner festen Ueberzeugung auch später, nachdem im Kampfe viele Millionen vergeudet wurden, beschreiten müssen. Dazu wäre folgendes nötig:

1. Zusammenfassung aller Zement- und zementähnliche Produkte herstellenden Werke mit Zentrale in Düsseldorf und Errichtung von Verkaufsstellen für die einzelnen Gebiete; Vertragsdauer bis Ende 1925.
2. Kontingentierung aller Produkte nach feitherigem Verband resp. Verbandsberechtigung und Kontingentierung der Neubauten durch einen jährlichen, sich auf begrenzte Zeit erstreckenden Zuwachs.
3. Der Export müßte freibleiben, die exportierenden Werke müßten sich zu einem selbständigen westfälischen Zement-Exportkontor zusammenschließen.
4. Die nachweislich zu teuer produzierenden Werke müßten gegen eine angemessene jährliche Entschädigung, welche einer Verzinsung und Amortisation in zwölfjähriger Vertragsdauer entspricht, dauernd stillgelegt, deren Betriebsleiter durch Kapital oder Rente entschädigt werden.
5. Es müßte durch eine Abgabe von mindestens 10 Pf. für das Foh ein Fonds zur Verhinderung von Neugründungen geschaffen werden.
6. Die Verkaufspreise müßten auf mittlerer Höhe und so gehalten werden, daß für die Werke eine durchschnitliche Verzinsung ihres Kapitals von 7 Prozent bliebe und die Kosten des Syndikats und der Stilllegung der Werke gedeckt würden. Rotierzement könnte vielleicht teurer verkauft und den Werken höher vergütet werden.
7. Zur Stilllegung der Werke müßten die Nachbarverbände einen jährlichen Beitrag leisten.

Ich bemerke zu Ziffer 5: Diese Einrichtung hat sich neuerdings auch in Schlesien durchaus bewährt; Neugründungen konnten damit verhindert werden.

Zu Ziffer 7: Da nach Stilllegung einer größeren Zahl und gerade bei unangünstigsten produzierenden Werken die übrigen besser beschäftigt werden könnten und dadurch billiger produzieren würden, so könnten die Preise trotz der nötigen Abfindungen auf mäßiger Höhe gehalten werden.

Zu Ziffer 8: Ich glaube, daß die Nachbarverbände heute bereit wären, eine sehr erhebliche jährliche Beihilfe zur Konsolidierung der Verhältnisse in Westfalen zu leisten.

Nach dem Kampf wird dazu kein Geld mehr vorhanden sein. Es ist ein vollständiger Irrtum, wenn Werke glauben, den Preisverlust im Kampfe durch größeren Absatz ausgleichen zu können. Die Preise werden, da jeder so rechnet, in kurzer Zeit so tief sinken, daß von irgendwelchem Verdienst nicht mehr die Rede sein kann.“

Besser als durch dieses Rundschreiben kann wohl die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise nicht dargelegt werden. Anstatt dem freien Spiel der Kräfte Raum zu geben, soll alles mit dem Geldack totgeschlagen werden. Die Zementproduktion soll Monopol der bestehenden Werke werden, denn jeder Versuch zur Neugründung wird im Gelbe erstickt. Damit erschaffen sich für die Geldadulter herrliche Zeiten.

Sie brauchen nur den Gedanken zu hegen, irgendwo eine Zementfabrik zu eröffnen, so sind auch schon die bereinigten Zementwerke zur Stelle, um diesen Gedanken mit schwerem Gelde auszumergen, wie es ja schon, wie Direktor Schott anführt, bei dem beabsichtigten Thyssen'schen Werke in Südböhmen gescheh.

Und wer trägt die Kosten dieser Abfindungs- und Stilllegungs-politik? Nun, Herr Schott hat es ja schon verraten in seiner Bitter 7. Die Preise sollen so gehalten werden, daß außer den 7 Prozent Dividende für die Herren auf der Wärenhaut, die Aktionäre, auch die Kosten des Syndikats, die Kosten für die Stilllegung der kleineren Werke und der Fonds zur Verhinderung von Neugründung gedeckt werden. Und wer zahlt diese Preise? Etwa der Bauunternehmer? Nein, dieser legt sie nur aus. Bezahlen muß sie der „Mittel“, wenn er seine Miete zahlt oder seine Steuern entrichtet. Daß der proletarische Mittel dabei schwerer zu tragen hat als der besitzende Mittel, bedarf wohl keines Beweises.

Schon ist es auch bei der Stilllegung der Werke. Die Aktionäre aber der Unternehmer des stillzulegenden Werkes sollen eine jährliche angemessene Entschädigung erhalten, während die Betriebsleiter mit einem bestimmten Kapital abgefunden oder pensioniert werden. Um die Arbeiter, die durch die Stilllegung brotlos werden, kümmert sich kein Mensch, die mögen sehen, wo sie bleiben. Vielleicht gibt der hier propagierte Zusammenschluß aller Zementfabriken nunmehr auch den Zementarbeitern Anlaß, sich zusammenzuschließen, damit auch ihre Arbeitskraft eine „angemessene Verzinsung“ wird.

— Unternehmergewinne.

Das Geschäftsjahr 1912/13 hat anscheinend trotz der absteigenden Konjunktur noch ganz respectable Gewinne abgeworfen. So erzielten die Kaerlicher Tonwerke 43503 Ml. Reingewinn, wovon die Aktionäre 4 1/2 Prozent Dividende erhielten.

Die Steingutfabrik Grünstadt hat einschließlich des Vorjahrs einen Reingewinn von 57748 Ml. zu verzeichnen. An Dividende gab's 5 Prozent für die Vorzugsaktien und 4 Prozent für die Stammaktien.

Die Marienburger Mosajkplattenfabrik mußiert 89007 Ml. Reingewinn. Der Dividendenfegen beträgt hier 8 Prozent.

Die Portlandzementfabrik „Almania“ bei Hannover erzielte einen Reingewinn von 89784 Ml. und die Aktien-gesellschaft für Kohlen- und Tonindustrie Clarenberg zu Freyden sogar 354242 Ml. Reingewinn. Die Aktionäre brauchen also vorläufig noch nicht zu hungern.

— Ein Urteil über ausländische Ziegeleiarbeiter.

In der „Tonindustrie-Zeitung“ erschien vor einiger Zeit eine Notiz, in der ein Ziegelei-Unternehmer die galizischen Arbeiter als die billigen und willigen Arbeitskräfte darstellte. Diese Darstellung rief einen zweiten Unternehmer auf den Plan, um seine Erfahrungen mit galizischen Arbeitern zum besten zu geben. Er schrieb dazu im wesentlichen folgendes:

„Der Einhaber des Anwesens in Nr. 96 der „Tonindustrie-Zeitung“ muß mit einem guten alten Stamm polnischer oder galizischer Leute arbeiten, weil er diese so sehr lobt. Ich möchte aber bezweifeln, daß Polen oder Galizier, wenn sie schon einige Jahre auf Ziegeleien gearbeitet haben, für 2,20 bis 2,40 Ml. Tagelohn bei zehn- oder elfstündiger Arbeitszeit arbeiten werden. Sobald die polnischen oder galizischen Arbeiter erfahren, daß die Deutschen oder Italiener mehr Lohn erhalten als sie, so hat man Unannehmlichkeiten mit ihnen trotz der Verträge. Die Leute aber sind als Arbeiter den Deutschen nicht ebenbürtig, sie sind langsam, unfähiger, weniger fleißig, teils sogar sehr träge. Schon der Gang und die Bewegungen sind schleppend und mühsam. Jeder Betriebsleiter, der mit Polen und Galiziern zu arbeiten hatte, wird wohl selten gute Erfahrungen damit gemacht haben.

Ich hatte im letzten Jahre 45 Männer und Burgen und 35 Mädchen aus Galizien, von denen gerade die stärksten, die wirklich etwas leisten konnten, die faulsten waren. Dem Einwerfer bei der kleinsten Widerstandsworte versprach ich für jedes Jahr, das über 5000 gemacht wurde, 30 Pf., die ihm am Sonnabend besonders ausgezahlt werden sollten. Er und auch kein anderer ging aber darauf ein, denn es mußten ja sonst die anderen an der Presse und in der Trodnerei auch mehr arbeiten. Es blieb mir nichts übrig, als einen deutschen Burgen an den Platz zu stellen, um die Presse gut auszumachen. Außerdem war häufig ein Aufseher in dem Schuppen, einer in der Trodnerei und einer bei den Pressen nötig. Und dabei erhielten die Mädchen und Burgen 2,20 Ml., die Männer 3,30 Ml. für den Tag. Außerdem mußte ich zwei polnische Köchinnen zahlen und Wohnung und Feuerung.

Ich bezweifle daher, daß man mit polnischen und galizischen Tagelöhnen 30 v. H. billiger arbeitet, als mit Italienern. Statt 6 Italiener braucht ich acht Galizier für dieselbe Arbeit, und die Ware war ein ganz Teil schlechter als die mit Italienern erzeugte. Im Alford sind sie erst recht nicht zu gebrauchen, zumal nicht für bessere Waren, die von ihnen gefertigt werden. Zur Ordnung und Sauberkeit waren die Leute nicht zu erzähren. Es mag Ausnahmen geben, aber der Durchschnitt entspricht obiger Schilderung.“

Dieses Urteil lehrt, daß die polnisch-galizischen Arbeiter nicht immer die billigen Arbeitskräfte sind. Sie wissen sehr wohl, daß sie nicht zum Besten der Heimat und Familie verlassen, sondern um ihre Arbeitskraft möglichst gut zu verwerten. Und wenn es ihnen durch ihre Organisationslosigkeit nicht immer gelingt, einen nach ihrem Begriffe angemessenen Preis dafür zu erhalten, wenn sie wissen, daß der Lohn ungenügend ist, dann ist es ihnen nicht zu verdenken, wenn sie auch unangenehme Arbeit leisten. Denn niemand, auch die Ziegeleibesitzer nicht, kauft mehr Ware, als er Absatz erhält.

Die Galizier sind also nicht immer die Lohnrücker, für die sie von den deutschen Ziegeleibesitzern betrachtet werden. Daß sie mitunter mehr Geld verdienen als die deutschen Arbeiter, wird ja in obigem Urteil dargestellt. Der Unternehmer an der Presse sollte eine Prämie erhalten, wenn er sich als Antreiber seiner Kollegen betätigt. Er sollte seine Kollegen belohnen sich aber für diese Antreibertätigkeit, sie waren sich bewußt, daß sie ihre 3,30 Ml. pro Tag vollständig verdienen. Der „deutsche Burgen“, von dem Unternehmer dann zum Einwerfer kommandierte, übernahm die Aufsicht über die Prämie. Sieß die von den Ausländern schon so oft gepriesene Solidarität nicht zu eigen zu machen, um dann gemeinsam mit ihnen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen einzutreten, dürfte den deutschen Ziegeleibesitzern nur von Nutzen sein.

— Ganze Strafen.

In einer Donau- und Samarra-Fabrik des Kreises Regensburg waren zur Kontrolle der Brenner Kontrollurtheile aufgestellt. Die Kontrolle dieser Urtheile besteht darin, daß sie bei regelmäßiger Besichtigung einen mit Strafen versehenen Unterhalt der Schmelze, so unvollständig und der Strafen, so daß es nicht festzustellen ist, ob die Brenner ihre Pflicht erfüllen oder nicht. Einer der Brenner wurde für die Strafen bestraft. Er holte sich bei dem Richter den Strafenbefehl, erfuhr die Höhe der Strafe und zahlte den fälligen Strafenbetrag.

Im Besonderen das als Unvollständigkeit und brachte die Arbeiter zu Verzweiflung. Das Rechtsgeschäft zu Recht sah sich dieser Arbeit an und verzweifelte den Richter, weil er den Schmelze herausgab, zu vierzehn Tagen, und den Brenner, der den Strafen einführte, zu drei Monaten Gefängnis. Das Rechtsgeschäft hob das Urteil auf, da Unvollständigkeit nicht vorlag, und verzweifelte die Sache an das Rechtsgeschäft Strafen zurück. Nun wurde gegen die beiden Strafen die Klage wegen Verzweiflung erhoben, da sie sich durch den Eintrag in die Kontrolle der sie unvollständig verzweifeln Strafen erhoben und sich dadurch einen rechtswidrigen Vermögensverlust verschafft hätten. Das Gericht folgte auch hier der Klage und verzweifelte die beiden Arbeiter wiederum zu drei Monaten Gefängnis Strafen.

Wir wissen nun nicht, ob der Brenner nur des Rechts in einer Anwendung von Unvollständigkeit und Strafen des Begriffs etwas überprüfungen hat; es ist aber anzunehmen, dass überhaupt nicht kein Brenner seine Pflicht vernachlässigen, da die meisten Brenner nicht nur für die gesamte Ware verantwortlich gemacht werden, sondern auch ihren Streik betreiben, ganz wie zu Bremen. Es dürfte nicht nur die lange Arbeit, die ja bei der Brenner oftmals bis zu 18 Stunden dauert, und kann die Entwertung der Dämme und Gase sein, die den Arbeiter zur Vernachlässigung seiner Arbeit zwingt, und dafür wurde er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, dafür auch er 3 Monate seiner Strafen und seinen Strafen entgegen werden.

Hätte er den Strafen in der Kontrolluhr fehlen lassen, dann hätten ihn vielleicht 50 Pf. oder auch 1 Ml. Strafe betroffen. Der arme Schmelzer glaubte aber, durch den geringen Lohn genügt bestraft zu sein, und suchte eine nochmalige Strafe zu entgehen. Nun mag er 3 Monate lang über die Gerechtigkeit in unserm herrlichen Rechtsstaate nachdenken. Hätte er einen um Brot und Recht kämpfenden Strafenbesitzer niedergeschossen, so wäre er freigesprochen worden, hätte er als Angehöriger der Zunftschilde einen Meißel geschworen, dann konnte er sich wenigstens krank melden und sich für strafend Gerechtigkeit entziehen; hätte er sich als Ziegeleibesitzer durch geschwändrige Ausbeutung von Frauen und Kindern Hunderte von Mark erkaufte, so wäre er mit 3 Ml. Geldstrafe davongelommen; so aber wollte er sich einer kleinen Strafe entziehen, die ihm die Müdigkeit seiner Knochen eintrug, wollte den Unternehmer hintergehen, und das ist in unserm kapitalistischen Rechtsstaate ein Verbrechen, das nur mit 3 Monaten Gefängnis geahndet werden kann.

— Wallhausen bei Sangerhausen. Hier errichtete Ende vergangenen Jahres Herr Chr. Karstens eine Steingutfabrik. Hergestellt werden nur sanitäre Wasserleitungsartikel. Vor Aufnahme des Betriebes ist man nach Aussage des Herrn Karstens von örtlicher Seite an ihn herangetreten mit dem Ersuchen, nicht mehr Lohn als 18 bis 20 Pf. pro Stunde zu zahlen; dafür beläme er genügend Leute. Bei Inbetriebnahme der Fabrik wurden denn auch lauter einheimische Leute, die weder eine Steingutfabrik kannten, noch in einer solchen gearbeitet hatten, eingestellt. Zwar wurden nicht 18 bis 20 Pf. gezahlt, aber 25 bis 30 Pf. für erwachsene, im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft befindliche Arbeiter. Auch wurde das Arbeitslohn eingeleitet. Es sei durchaus nicht verkannt, daß ein neuer Betrieb mit gar vielen Schwierigkeiten zu rechnen hat, bevor die Produktion klappt. Die Fabrik, eine stillgelegte Zuckerrübenfabrik, war durch den Umbau nicht so eingerichtet wie ein moderner Betrieb, und das wurde naturgemäß sehr bald von der Arbeitererschaft bitter empfunden. Erinnert sei nur an die Staubplage, mangelnde Ventilation, Fehlen eines Freizugsystems, Luftschlamm, einer Wasch- oder Badeeinrichtung, an den Zustand der Verdunstungsanlagen usw. Ab und zu wurde zwar ein „allgemeines Reinemachen“ angeordnet, aber das geschah nur, wenn das Kommen des Herrn Karstens bekannt geworden war. Jede die Reinemachungen waren für manche eine Plage. Staub schaden zum Umfallen. Herr Karstens fand den Betrieb dann aber einigermaßen in Schutz. Die ortsansässige Bevölkerung hatte anfangs derartigen Respekt vor den sogenannten Vorgesetzten, daß beschuldigte Beschwerden meistens unterblieben. Nach und nach kamen dann auch Arbeitsgenossen von auswärts nach Wallhausen, die Einheimischen hatten sich unterdessen auch mehr eingearbeitet, und alles schien auf dem besten Wege zu sein, das zu schaffen, was der Arbeiter braucht im Kampfe ums Dasein: die Arbeiterorganisation, denn diese ist sehr notwendig gerade in der Steingutfabrikation. Die Systeme, die sich da eingebürgert haben, bedrohen stetig den Verdienst des Arbeiters. Das Abzugswesen ist fast eine Krankheit in dieser Industrie. Abzüge wegen fehlerhafter Ware sind an der Tagesordnung. Der Arbeiter soll es sich gefallen lassen, weil er angeblich an der fehlerhaften Ware Schuld trägt. Und wer entscheidet das? Nun, der Beauftragte der Firma. Wie könnte der auch anders entscheiden; er wird doch nicht etwa zugeben, daß durch seine Anordnungen die fehlerhafte Ware entstanden ist! Doch nächstens über diese Praktiken mehr.

In der Karstens'schen Fabrik wurde eines schönen Tages den Brennhausarbeitern erklärt: 16,50 Ml. werden vom Gesamtlohn der Kolonne (11 Mann) abgezogen. Unwillig fehlerhaftes Arbeiten, ja — wie sich der Herr Betriebsmeister bei den Verhandlungen ausdrückte — ihm zum Schabernack gekanntes Arbeiten sei schuld an den Defekten. Es ist begreiflich, daß die Kollegen sich den Abzug nicht gefallen lassen wollten; sie klagten insbesondere über mangelndes und schlechtes Kapitalmaterial. In der nachfolgenden Verhandlung wurde die Berechtigung der Klagen auch erwiesen.

Leider hatten die Kollegen, ohne die Organisationsleitung zu verständigen, die Arbeit niedergelegt, trotzdem acht Tage Kündigung bestand. Die Betriebsleitung benutzte die Gelegenheit, die Löhne am Gasofen um 25 Prozent zu reduzieren. Und das kam so: Bei der ersten Verhandlung wurde nur angebetet, daß man einige infolge bereits erfolgter Arbeiterentnahme nicht wieder einstellen könne. In der zweiten Verhandlung, an welcher der Betriebsleiter und drei Kollegen von uns teilnahmen, wurde allerdings der Vorschlag gemacht — und zwar mit der Begründung, daß die Arbeitsmethode verändert und weniger Material einzugehen sei — die Löhne pro Kammer von 4 auf 3 Ml. zu reduzieren. Dem Betriebsleiter wurde entgegen, daß wir ohne Unterlagen und ohne mit den Beteiligten zu reden, darüber keine Erklärung abgeben könnten. Es wurde unversehens vorgeschlagen, diese Frage bis zur beiderseitigen Beschaffung der Unterlagen zu vertagen, auch ließen wir durchblicken, daß es gut wäre, wenn bei Regelung dieser Frage Herr Karstens anwesend sei. Der Betriebsleiter erkannte das an. Es wurde vereinbart, daß die Kollegen sich abends beim Lohnempfang melden sollten, damit der Betriebsleiter wissen, wer wiederkomme. Die Kollegen meldeten sich und wurden vom Betriebsleiter beordert. Dort ist ihnen dann bedeutet, die Abzüge seien perfekt; wer damit einverstanden sei, solle die Hand erheben. Die Kollegen waren eingeschüchtern und erlärten sich leider einverstanden.

Kurz danach kam Herr Karstens nach Wallhausen; er hatte natürlich keine Ahnung von den Abzügen. (?) Seht mit einmalem begründete der Betriebsleiter den Abzug damit, daß früher pro Klotz 10 Pf. berechnet und 40 Stück pro Kammer eingesetzt seien, jetzt aber nur noch 30 Klotz eingesetzt würden, also 10 Pf. pro Stück bei 3 Ml. herauskomme. Ein merkwürdiger Standpunkt! Sechs bis sieben Monate wurde diese geringe Anzahl Löhne eingesetzt, und nun erst kam man auf diese Begründung. Nach längerer Verhandlung wurden dann von Herrn Karstens 3,25 Ml. pro Kammer zugesprochen. Im übrigen ergab die Verhandlung, wie recht die Kollegen mit den eingangs schon geschilderten Beschwerden gehabt hatten. Es würde momentan zu weit führen, alle Einzelheiten zu entrollen; Gelegenheit wird sich noch bieten, schon deshalb, weil diese und noch andere Verhältnisse zur Regelung drängen.

Über die ganze Situation hat die Arbeitererschaft des Betriebes nur zwei geschworen, wenn sie jetzt den gegebenen Verhältnissen entsprechend ihre Maßnahmen einrichtet. Halten die Kollegen fest an ihrer Organisation, am Fabrikarbeiterverband, dann wird es möglich sein, Verlorenes wiederzugewinnen, Neues zu erobern. Aber ohne Verband keine Hilfe!

Zucker-Industrie

Gesundheitsschädigungen und Gesundheitsschutz in der Zuckerindustrie.

In dem Artikel über „Profit und Arbeit in der Zuckerindustrie“ in Nr. 44 des „Proletariats“ wiesen wir in einer Nebenbemerkung auch auf die erhebliche gesundheitliche Gefährdung hin, der die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Zuckerraffinerien und Raffinerien ausgesetzt sind. In den folgenden Zeilen wollen wir auf diese Gefahren und Schäden etwas näher eingehen. Die Grundlage der folgenden Ausführungen bietet ein Artikel über „Gesundheitsschutz in Zuckerraffinerien“, den Gewerbeschaffner Dr. Schürmann, Harburg, im letzten Zentralblatt für Gewerbehygiene veröffentlicht hat. Dieser Artikel ist besonders deshalb wertvoll, weil er nicht nur auf die Schäden hinweist, sondern zugleich praktische Ratschläge zur Abhilfe oder Milderung macht.

Nach Dr. Schürmann läßt sich die Belästigung und Gefährdung der bei dem sogenannten „Decken“ des dunklen Zuckers an den Zentrifugen beschäftigten Arbeiter dadurch vermeiden, daß nicht mit Dampf, sondern mit Wasser „gedeckt“, d. h. gereinigt wird. Dabei wird die oft geradezu unerträgliche Hitze vermieden; auch soll das Verfahren nach Ansicht von Fachleuten wirtschaftlich vorteilhafter sein, als das Decken mit Dampf. Auch ein drittes Verfahren, bei dem die Reinigung durch geätzte Zuckersäure erfolgt, soll gesundheitlich und wirtschaftlich der Anwendung des Dampfes vorzuziehen sein. Bedenklich ist, daß Dr. Schürmann den Unternehmern dieses Verfahren schmackhaft zu

machen sucht mit der Bemerkung, daß „wegen der leichten Arbeit weibliches Personal verwendet werden kann“, wodurch die Kosten für Arbeitslohn sinken. Es mag schon richtig sein, daß die Unternehmer sich zur Einführung neuer Arbeitsmethoden eher entschließen, wenn sie dabei einen wirtschaftlichen Vorteil erwarten können, als wenn nur die Schonung der Arbeitergesundheit Zweck und Erfolg derselben ist. Aber es heißt denn doch, diesem bedauerlich unsozialen, um nicht zu sagen, straffällig eigennütigen Standpunkt der Unternehmer allzusehr Rechnung tragen, wenn man ihnen bei Maßnahmen, die zum Schutze der Arbeiter notwendig sind, eifrig den Weg zeigt, wie sie ihren Profit in alter Höhe erhalten oder gar noch steigern können.

Unter starker Hitze und übermäßiger Staubentwicklung leiden die Arbeiter der sogenannten Granulatorstation. Die Wirkungen übermäßiger trockener Hitze sind bekannt. Dr. Schürmann empfiehlt hohe und gut ventilierte Arbeitsräume. Wichtig erscheint uns außerdem eine erhebliche Verkürzung der jetzt meist zwölfstündigen Arbeitszeit. Die Wirkungen des Zuckers auf die Arbeiter sind noch nicht einwandfrei festgestellt. Einige Hygieniker behaupten, er schädige die Lungen und begünstige die Schwindelkrämpfe, andre erklären, der Zuckersaub sei so leicht löslich, daß er eine mechanische Schädigung innerer Organe nicht hervorrufen könne. Fest steht aber, daß er vor allem die Zähne der Arbeiter angreift und schwer schädigt. Bei der ungeheuren Menge von Staub, die die Arbeiter in manchen Abteilungen einatmen müssen, darf auch angenommen werden, daß die Lösung unvollkommen bleibt und die scharfen Ranten des Staubes innere Organe sehr wohl schädigen können. Wenigstens behaupten sehr renommierte Forscher auf diesem Gebiete, daß Zuckersaub die Schwindelkrämpfe fördert.

Bei dem Wiederbeleben der zur Reinigung des Zuckers benutzten Knochenkühle entstehen schädliche Gase und Dämpfe, die eine erhebliche Belästigung für die Arbeiter darstellen. Dr. Schürmann empfiehlt deshalb Absaugung an der Entstehungsstelle mittels Dunsthauben, die ins Freie abgeleitet werden. Er fordert auch Schutz der Arbeiter gegen die salzsauren Dämpfe, die bei der Weiterbehandlung der Knochenkühle mit Salzsäure entstehen. Beim Glühen der Knochenkühle und der vorhergehenden Trocknung auf der Darre entsteht wiederum große Wärme und viel Staub. Nun gibt es ein Verfahren der Reinigung ohne jede Filtration mit Knochenkühle, die sogenannte Kochkühle nach dem Verfahren von Dr. Soghtel. Bei diesem Verfahren erfolgt die Filtration unter hohem Druck durch Rieselgur oder gemahlene Seimkohlensäure und Holzschleifmehl. Bei der Anwendung dieses Verfahrens fällt die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter fast ganz weg.

Die Temperatur im Füllhaus braucht nach Schürmann, der sich dabei auf den Fachmann der Zuckerindustrie Vary beruft, nicht über 36 Grad hinauszuweichen. Das ist zwar immer noch eine für die Arbeiter außerordentlich lästige und ungesunde Hitze, aber es ist doch schon weit weniger als heute noch vielfach üblich ist. Leider werden die Unternehmer und die Techniker der Zuckerraffinerien und Raffinerien den Angaben der Fachleute nicht so ohne weiteres Glauben schenken, sondern au, Furcht, ein schlechtes Produkt zu erhalten, die Arbeiter weiterschonen lassen.

Zur Verkürzung der gesamten Bodenarbeit, die durchweg in großer Hitze verrichtet werden muß, empfiehlt Schürmann die Anwendung der Protzentrifuge, die heute schon in vielen Raffinerien vorhanden ist. Um das Betreten der feuchtwarmen Trockenräume, in denen die gesamten Brote und die Platten vor dem Zuschneiden in Würfel noch einmal getrocknet werden, zu vermeiden, sind Transportvorrichtungen konstruiert worden, die mit den zu trocknenden Broten oder Platten beladen und dann in den Trockenraum geschoben werden. Noch besser ist, nach Schürmann, der von Pzilles konstruierte Trockenaufzug. Dieser Apparat besteht aus einem geheizten Kanal, in den die mit Zucker beladenen fahrbaren Wagen auf dem einen Ende hinein- und auf dem andern hinausgeschoben werden. Ein anderer Trockenapparat, den die Maschinenfabrik Griebenwisch herstellt, wird gleichfalls von außen beschickt.

Es lassen sich also, bei einigem guten Willen und gebührender Rücksicht, auf die Gesundheit der Arbeiter in den Zuckerraffinerien und Raffinerien Einrichtungen schaffen, die eine erhebliche Milderung der Beschwerden und Gefahren der Arbeit bringen können. Allerdings lassen sich zurzeit noch nicht alle Mängel durch technische Verbesserungen beheben. Vor allem bleiben die hohen Temperaturen in vielen Betriebsräumen immer noch bestehen. Die Hitze ist nicht nur unangenehm und lästig für die Arbeiter, sondern sie schädigt auch die Gesundheit. Schürmann empfiehlt diese Schädigungen zu mildern, um unter den Arbeitern eine entsprechende Aufmerksamkeit zu treffen. Es sollen in den heißen Räumen nur solche Arbeiter beschäftigt werden, die „auf den heißen Punkten ausfallen“, ohne daß gleich eingreifende Schädigungen der Gesundheit eintreten. „Arbeiter mit trockener Haut, die keine Neigung zur Schweißbildung zeigen, mit Herzfehlern behaftete und Alkoholiker sollten von den heißen Stationen ganz ausgeschlossen werden.“ Weiter sollen die in den heißen Räumen beschäftigten Arbeiter zeitweise in kühlen Räumen arbeiten. Auch soll einwandfreies Trinkwasser und alkoholfreie Getränke anderer Art immer vorhanden sein und den Arbeitern, die in besonders heißen Räumen gearbeitet haben, soll das Baden während der Arbeitszeit gestattet sein. Das mögen ganz gut gemeinte Vorschläge sein, irgendetwas durchgreifende Bedeutung kommt ihnen nicht zu. Es ist bedauerlich, daß Dr. Schürmann die wichtigste Schutzmaßnahme gegen die Hitzeschädigungen, eine kürzere Arbeitszeit, ganz unerwähnt läßt. Es ist verfehlt, zu glauben, die Schädigungen der Arbeiter würden dadurch beseitigt, daß man sie auf solche Menschen häuft, die, oft nur scheinbar, eine größere Widerstandskraft gegen schädliche Einflüsse zeigen, oder daß man durch Bereitstellung von Trink-, Wasch- und Badewasser den einzelnen über die Wirkungen der Hitze auf seine Gesundheit hinwegtäuscht. Viel wichtiger und durchgreifender wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit in allen Räumen, in denen die Temperatur über einen gewissen Grad hinausgeht, und zwar müßte die Arbeitszeit um so kürzer sein, je höher die Temperatur. Wir haben ähnliche Bestimmungen schon für den Bergbau, wo die Arbeitszeit der heißen Orte herabgesetzt werden muß. Eine solche Verkürzung der Arbeitszeit würde nicht nur die Arbeiter mehr schützen als alle bisher eingeführten und vorgeschlagenen technischen Verbesserungen, sie würde auch für die Unternehmer ein starker Antrieb sein, die Herabminderung der gesundheitsschädlichen Einflüsse mit allen Mitteln anzustreben.